
Newsletter Oktober 2020

Editorial.....	S. 1
Veranstaltungen und Berichte aus dem NS-Dokumentationszentrum.....	S. 2
Weitere Veranstaltungen.....	S. 9
Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes.....	S. 18
Neu in der Bibliothek.....	S. 25
Am rechten Rand.....	S. 26
Bildnachweise und Impressum.....	S. 31

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

am 13. September fanden in NRW die Kommunalwahlen statt. Dabei konnte die extreme Rechte keine großen Erfolge feiern und blieb hinter ihren Erwartungen zurück. Die AfD legte im Vergleich zu 2014 um 2,5 Prozent zu, kam insgesamt aber nur auf 5 Prozent. Ausnahmen sind Ruhrgebietsstädte wie Gelsenkirchen (12,9 Prozent) oder Duisburg (9,3 Prozent), wo es ein stabiles Wählerpotential für extrem rechte und rechtspopulistische Parteien zu geben scheint. „Die Rechte“ taucht in NRW nur vereinzelt auf (beispielsweise bei der Bürgermeisterwahl in Kerpen) während die NPD in vollkommener Bedeutungslosigkeit versinkt.

In Köln kommt die AfD auf insgesamt 4,4% und verzeichnet einen Stimmenzuwachs von 0,8%. Trotzdem bleibt sie mit diesem Ergebnis auch hier deutlich hinter ihren Erwartungen zurück. Zwischen den einzelnen Stadtteilen gibt es jedoch deutliche Schwankungen. So ist Finkenbergring der Stadtteil, in dem die AfD mit 14,17% die meisten Wähler*innenstimmen für sich entscheiden kann, gefolgt von Lindweiler mit 12,44% und Chorweiler mit 11,8%. In diesen Stadtteilen konnte die extrem rechte Partei „Pro Köln“ in den Kommunalwahlen zuvor Erfolge verzeichnen. Die wenigsten Stimmen erhält die AfD mit 1,87% in Klettenberg, gefolgt von Neustadt-Süd mit 1,89% und Nippes mit 2,20%. Zwar kann ein Zusammenhang mit den sozialen Positionierungen nicht streng wissenschaftlich nachgewiesen werden; die Annahme liegt jedoch auf der Hand. Eine Kurzanalyse zur Kommunalwahl finden Sie unter www.mbr-koeln.de

Der extremen Rechten ist es nicht gelungen, lokale Konfliktherde zu instrumentalisieren oder mit ihren Kernthemen das Ressentiment zu mobilisieren. Dies ist auch ein Verdienst der (von rechts als abgehobene Elite geschmähten) demokratischen Parteien sowie einer aktiven Zivilgesellschaft. Dazu gehören beispielsweise das Netzwerk „Kein Veedel für Rassismus“, der „Kölner Runde Tisch für Integration“ und viele andere. Es lohnt sich, diese politische Kultur einer deutlichen Positionierung zu bewahren.

Das Thema Rassismus hat sich damit natürlich nicht erledigt hat. Darauf verweisen sichtbar gewordenen Stimmen von Menschen Of Color in Köln; kommen sie aus der Black Lives Matter-Bewegung, aus Initiativen oder von Einzelpersonen, die sich in den sozialen Medien äußern. Diese Stimmen gilt es noch hör- und wahrnehmbarer zu machen.

Am 26. September jährte sich das rechtsextreme Attentat auf das Oktoberfest zum vierzigsten Mal. Aus diesem Anlass veranstalten wir gemeinsam mit der Hochschule Düsseldorf und der Ruhr-Universität Bochum eine Tagung, die sich der Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland widmet (S. 5).

Ich danke Maike Stimpfig, Elisa Costadura, Patrick Fels und Daniel Vymyslicky für die Unterstützung bei der Erstellung dieser Ausgabe des Newsletters und hoffe, Sie finden darin interessante Informationen.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus

Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums

Bitte beachten Sie: Für die Teilnahme an den Veranstaltungen im EL-DE-Haus ist eine verbindliche Anmeldung per E-Mail unter nsdok@stadt-koeln.de sowie eine Bestätigung durch das NS-DOK erforderlich. Für den Fall, dass Ihre Anmeldung aufgrund der beschränkten Teilnehmer*innenanzahl nicht berücksichtigt werden kann, bitten wir um Ihr Verständnis. Bitte informieren Sie sich auf www.nsdok.de über die aktuellen Entwicklungen.

Leben und Tod in der Epoche des Holocaust in der Ukraine

Lesung, Donnerstag, 1. Oktober 2020, 19 Uhr, EL-DE-Haus



Bis in die 1990er Jahre kam dem Holocaust in der Ukraine in öffentlichen Debatten, aber auch in der Forschung wenig Beachtung zu. Erst allmählich gerieten die deutschen Verbrechen in der Ukraine in den Blick. Wesentlich dazu beigetragen hat der ukrainische Historiker Boris Zabarko, der – 1935 geboren – als Kind den Holocaust im Ghetto Schargorod überlebte. Seit Mitte der 1990er

Jahre veröffentlicht er auf Russisch Zeugnisse von Überlebenden. Ein erster Band erschien 1999 in Kiew, den Margret und Werner Müller auf Deutsch herausgaben.

Auf Boris Zabarkos Bitte hin haben sie auch die Herausgabe der folgenden drei Bände auf Deutsch besorgt. Um ein Gesamtbild vom Holocaust in der Ukraine zu vermitteln, wurden in der

deutschen Ausgabe die 215 Berichte nicht alphabetisch aufgeführt, sondern den jeweiligen Tatorten zugeordnet. Die Orte folgen der Chronologie der Besetzung durch die Wehrmacht. Entstanden ist eine »Geografie des Holocaust« in der Ukraine. In der Veranstaltung im NS-Dokumentationszentrum stellen Margret und Werner Müller nun das im letzten Jahr erschienene Buch vor.

Eine Veranstaltung des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln in Kooperation mit dem Lew Kopelew Forum

Moderation: Tatiana Dettmer (Geschäftsführerin des Lew Kopelew Forum e.V.)

Boris Zabarko, Margret Müller, Werner Müller (Hg.): Leben und Tod in der Epoche des Holocaust in der Ukraine. Zeugnisse von Überlebenden. Metropol-Verlag, Berlin 2019.

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Gedenkstätte Gestapogefängnis und Dauerausstellung „Köln im NS“

Führungen, Donnerstag, 1. Oktober 2020, 18.30 Uhr; Samstag, 3. Oktober 2020, 14 Uhr und Freitag, 9. Oktober 2020, 16 Uhr (englischsprachig), EL-DE-Haus

Das EL-DE-Haus war von 1935 bis 1945 Sitz der Kölner Gestapo. Als Gedenkstätte erinnert das ehemalige Hausgefängnis mit den über 1800 selbstständigen Inschriften in den zehn Zellen an das Schicksal der Gefangenen. Die Dauerausstellung in den ehemaligen Büroräumen der Gestapo zeigt die Geschichte Kölns im Nationalsozialismus.

Im Rahmen der Veranstaltungen erhalten Sie einen Einblick in die Geschichte des Hauses und der Gedenkstätte. Darüber hinaus werden ausgewählte Aspekte der Stadtgeschichte während der Zeit des Nationalsozialismus erläutert.

1.10.2020:

Führung mit Oliver Meißner
Treffpunkt: Kasse EL-DE-Haus

Teilnahme: kostenlos (KölnTag: freier Eintritt für Bürger*innen mit Wohnsitz Köln)

Anmeldung unter: https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=34496&inst=14

3.10.2020:

Führung mit Oliver Meißner
Treffpunkt: Kasse EL-DE-Haus
Teilnahme: kostenlos (zzgl. Eintritt)

Anmeldung unter: https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=34500&inst=14

9.10.2020:

Führung in engl. Sprache mit Thorben Müller
Treffpunkt: Kasse EL-DE-Haus
Teilnahme: kostenlos (zzgl. Eintritt)

Anmeldung unter: https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=34492&inst=14

Das Reichsarbeitsministerium 1933-1945. Beamte im Dienst des NS Führungen, Sonntag, 4. Oktober 2020, 14 Uhr; Freitag, 16. Oktober 2020, 15 Uhr und Sonntag, 25. Oktober 2020, 14 Uhr, EL-DE-Haus

Von der Rentenversicherung, dem Arbeitsrecht und der Arbeitsverwaltung bis hin zum Zwangsarbeitereinsatz – an all diesen Bereichen hatte das Ministerium einen maßgeblichen Anteil an der Diskriminierung einzelner Bevölkerungsgruppen, die sich zunehmend auf die gesamte Arbeits- und Sozialpolitik ausdehnte. Erfahren Sie anhand von Fallbeispielen, wie sich die Maßnahmen und Gesetze des Ministeriums auf einzelne Betroffene auswirkten. Biographien von Beamten geben darüber hinaus einen Einblick in deren Handlungsspielräume und Verhaltensweisen. Die Ausstellung der Stiftung Topographie des Terrors ist bis zum 25. Oktober 2020 im EL-DE-Haus zu sehen.

04.10.2020:

Führung mit Oliver Meißner

Treffpunkt: Kasse EL-DE-Haus

Teilnahme: 2 Euro (zzgl. Eintritt)

Anmeldung unter: https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=34709&inst=14 (ausgebucht, Warteliste möglich)

16.10.2020:

Führung mit Dirk Lukaßen

Treffpunkt: Kasse

EL-DE-Haus

Teilnahme: kostenlos (zzgl. Eintritt)

Anmeldung bis

11.10. unter:

https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=34639&inst=14



25.10.2020:

Führung mit Oliver Meißner

Treffpunkt: Kasse EL-DE-Haus

Teilnahme: 2 Euro (zzgl. Eintritt)

Anmeldung unter: https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=34710&inst=14

Die Familie Ganz und die Lengfeld'sche Buchhandlung. Lebensgeschichten einer jüdischen Buchhändlerfamilie

Lesung, Donnerstag, 8. Oktober 2020, 19 Uhr, EL-DE-Haus



Die Lengfeld'sche Buchhandlung war vor der Nazizeit die größte Buchhandlung im Rheinland. Ihre Inhaber*innen, die jüdische Familie Ganz: Alexander, Cläre, geb. Meyer, mit ihren Kindern

Anna, Karl-Justus, Lisbeth und Felix. Eine gebildete und hoch angesehene Familie in Köln. Die Gemeinschaft zerbricht, als die Nationalsozialisten an die Macht kommen. 1934 emigriert der

Großteil der Familie unter teilweise abenteuerlichen Umständen nach Belgien, Palästina, Frankreich, später Amerika.

Ihre Fluchtgeschichten und ihre Versuche, im Ausland Fuß zu fassen, haben sie für ihre Kinder und Enkel aufgeschrieben. Entstanden sind authentische Berichte, die anschaulich und anrührend die Schicksale der Familienmitglieder beschreiben.

Mit: Brigitte und Fritz Bilz, die das Buch „Die Familie Ganz und die Lengfeld'sche Buchhandlung Lebensgeschichten einer jüdischen Buchhändlerfamilie“ haben. Erschienen ist es in der kleinen Reihe des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln (Band 2).

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro³⁹

Was geschah im EL-DE-Haus?

Familienführung, Mittwoch, 14. Oktober 2020, 15 Uhr, EL-DE-Haus

Das EL-DE-Haus hat eine besondere Geschichte. Mitten in Köln gelegen war es zehn Jahre lang Sitz der Geheimen Staatspolizei (Gestapo). In dem ehemaligen Gefängnis im Keller des Hauses sind über 1800 Inschriften an den Wänden erhalten, die von den damaligen Häftlingen stammen. Während dieser Führung erfährst du mehr über diese Menschen und ihre Haftbedingungen.

Das Angebot richtet sich an Familien und Kinder ab zehn Jahren. Besuche mit uns das EL-DE-

Haus und lerne dessen besondere Geschichte kennen.

Mit: Merle Bode

Teilnahme: kostenlos (zzgl. Eintritt)

Anmeldung bis 09.10.2020 unter:

https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=34632&inst=14



erinnern und eingedenken

Gedenkveranstaltung für Walter Benjamin zum 80. Todestag

Freitag, 23. Oktober 2020, 18.30 Uhr, Köln-Klettenberg

Für Walter Benjamin

ERINNERN UND EINGEDENKEN



Begrüßung und Grußworte

Heinrich Bleicher-Nagelsmann, Vorsitzender der Hans-Mayer-Gesellschaft

Henriette Reker, Oberbürgermeisterin der Stadt Köln

Dr. Ursula Bitzgeio, Friedrich-Ebert-Stiftung

Karl-Heinz Heinemann, Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW

Vorträge, Lesungen und Musik

Dr. Eva Weissweiler, Autorin

Flossie Draper, Voice-Artist

Blick auf den Urgroßvater Walter Benjamin

Das Licht | Die PfeifeDer Wunsch | Auf die Minute

Heinrich Bleicher-Nagelsmann, Publizist

„Der Zeitgenosse Walter Benjamin“
Erinnern und Eingedenken

Pedro Soler, Flamenco-Gitarre

Dokumentation: www.r-mediabase.eu und www.hans-mayer-gesellschaft.de

Eine Veranstaltung der Hans-Mayer-Gesellschaft in Kooperation und mit Unterstützung von NS-Dokumentationszentrum, Verein EL-DE-Haus e.V., Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, FES, RLS, Verband deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller in ver.di

Eintritt: frei (Spenden erwünscht)

Ort: Brunosaal
Klettenberggürtel 65
50939 Köln-Klettenberg

Anmeldung unter:
kontakt@hans-mayer-gesellschaft.de

Benjamins letzte Passage. Die Fluchthelferin Lisa Fittko erinnert sich

Dr. Madeleine Claus, Mitglied der Association européenne du Prix Walter Benjamin

Die Vereinnahmung Walter Benjamins durch die französische Rechte (RN)

Zwischen Verdrängen und Verantwortung: Mahn- und Erinnerungsorte in der Kölner Innenstadt

Führung, Samstag, 24. Oktober 2020, 14 Uhr, Köln-Innenstadt

An die Zeit des Nationalsozialismus wird heute in vielfältiger Weise erinnert: Im öffentlichen Raum und der Medienlandschaft, in Schule, Politik und gesellschaftlichen Diskursen wird der Opfer dieser Zeit gedacht. Diese Gedenk- und Erinnerungskultur hat ihrerseits aber eine wechselvolle, oft umstrittene Geschichte. Ausgehend vom EL-DE-Haus und der Gedenkstätte Gestapogefängnis erkunden Sie Erinnerungsstätten im näheren Stadtraum: Anhand von Denkmälern, den Stolpersteinen oder neueren Mahnma-

len werden die verschiedenen Formen und Ausdrücke der öffentlichen Erinnerungskultur in Köln erläutert.

Mit: Dr. Katja Lambert

Treffpunkt: vor dem EL-DE-Haus

Teilnahme: kostenfrei (zzgl. 1 Euro „Kurzbesuch“ EL-DE-Haus)

Anmeldung bis zum 20.10.2020 unter:
https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=34636&inst=14

Das jüdische Köln – Vom „Jüddespidohl“ durch das jüdische Ehrenfeld

Exkursion, Sonntag, 25. Oktober 2020, 15 Uhr, Köln-Ehrenfeld

Ehrenfeld besitzt eine eindrucksvolle jüdische Vergangenheit und Gegenwart. Der Rundgang öffnet den Blick für die jüdischen Bewohner*innen und ihr Leben. Entdecken Sie mit Gregor Aaron Knapstein die vielfältige Geschichte und Geschichten. Er ist Mitglied der Jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums.

Treffpunkt: Wohlfahrtszentrum Ottostr. 85 (Eingang Nußbaumer Str.) Köln-Ehrenfeld

Teilnahme: 6 Euro

Anmeldung bis zum 20.10.2020 unter:
https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=34447&inst=1434989



1980 – 2020: Die vergessene Geschichte des Rechtsterrorismus

Tagung, 29. Oktober 2020, NS-Dokumentationszentrum

Zahlreiche Morde, Sprengstoffanschläge und Überfälle von Rechtsterrorist*innen in der Bundesrepublik prägten das Jahr 1980. Es war das Jahr, als der Terror von rechts einen ersten Höhepunkt erreichte. Beim Anschlag auf das Münchner Oktoberfest am 26. September 1980 wurden 13 Menschen getötet und Hunderte verletzt. In der öffentlichen Wahrnehmung nehmen dieser Anschlag wie auch weitere rechtsterroristische Taten in der „alten Bundesrepublik“ nur einen geringen Stellenwert ein. Wieso wissen wir – 40 Jahre später - noch immer so wenig über die Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland?



Die Veranstaltung anlässlich des 40. Jahrestags des Oktoberfestattentats nähert sich einem bislang weitgehend übersehenen Kapitel der bundesdeutschen Geschichte. Sie beleuchtet den politischen und gesellschaftlichen Kontext der späten 1970er und 1980er Jahre, als sich die extrem rechte Szene in Westdeutschland radikalisierte und immer mehr Neonazis zu den Waffen griffen. Wer waren die Akteurinnen und Akteure? Was motivierte sie zu ihren Taten? Wer waren die Opfer und welche gesellschaftlichen Auswirkungen haben rechtsterroristische Anschläge? Wie gingen und gehen staatliche Behörden, Justiz, Medien, Zivilgesellschaft und Betroffene mit dem wachsenden Terror von rechts um? Zugleich fragt die Tagung, wie eine angemessene und würdige Erinnerung an die Opfer rechtsterroristischer Gewalt aussehen kann.

Die Tagung richtet sich an das wissenschaftliche Fachpublikum ebenso wie an Praktiker*innen aus den Bereichen Rechtsextremismusprävention und -intervention sowie an historisch und politisch Interessierte.

Programm

Begrüßung (11.00)

Auftaktvorträge (11.15-13.00)

Gesellschaft in Bewegung: Die Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre

Klaus Weinhauer, Universität Bielefeld

Historische Perspektiven auf den Rechtsterrorismus in der BRD, 1970 bis 1990

Barbara Manthe, Universität Bielefeld

Panels (14.00-16.00)

Panel 1: Gewaltakteur*innen und Strategien

Das Panel beleuchtet die Frage, wer 1980 die Akteure waren und was sie zu ihren Taten motivierte. Wie kann eine geschlechtsspezifische Perspektive entwickelt werden? Welche Rolle spielten sogenannte Einzeltäter*innen? Welche Wirkung hatten und haben rechtsterroristische Taten der 1980er Jahre auf die Neonaziszene?

Aus dem Bild gefallen: Ein geschlechterkritischer Blick auf die „Gruppe Ludwig“ und andere Leerstellen

Eike Sanders, Apabiz Berlin

„Ich schieße nur auf Türken!“ - Ist der rassistische Anschlag des Helmut Oxner 1982 in Nürnberg ein Beispiel für Lone-Actor-Terrorismus?

Hendrik Puls, Ruhr-Universität Bochum/NFG020 der Hans-Böckler-Stiftung

Rassismus, Netzwerke, Bankraube, Serientaten - Rechter Terror in den frühen 1980ern und danach

Robert Andreasch, AIDA Archiv München

Moderation: *Anke Hoffstadt, Düsseldorf*

Panel 2: Opferperspektiven vor Gericht

Seit mindestens 40 Jahren treten Betroffene rechtsterroristischer Gewalt als Nebenkläger*innen in Straf- und Gerichtsverfahren auf. Das Panel beleuchtet die rechtliche Stellung von Betroffenen als Nebenkläger*innen in historischen und aktuellen Rechtsterrorismusverfahren und fragt nach der öffentlichen und gesellschaftlichen Wirkung dieser speziellen Form der *victim agency*. Thema sind u.a. der Anschlag auf das Oktoberfest 1980 und die NSU-Mordserie.

Moderiertes Gespräch mit:

Werner Dietrich, Rechtsanwalt, München, *Antonia von der Behrens*, Rechtsanwältin, Berlin und *Alexander Hoffmann*, Rechtsanwalt, Kiel

Moderation: *Heike Kleffner*, Verband der Beratungsstellen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt

Panel 3: Behördlicher und gesellschaftlicher Umgang mit Rechtsterrorismus

Rechtsterroristische Taten lösten in der bundesdeutschen Gesellschaft stets Reaktionen aus – sowohl von Seiten staatlicher als auch nicht-staatlicher Akteure. Anhand von drei Fallgruppen – der Bundesanwaltschaft, ausgewählter Medien und bundesdeutscher Nachrichtendienste – blickt das Panel auf den heterogenen behördlichen und gesellschaftlichen Umgang mit Rechtsterrorismus in den 1980er Jahren.

Unzureichende Strafverfolgung - Reaktionen der Bundesanwaltschaft auf Rechtsterrorismus in den 1980ern

Isabella Greif, Ruhr-Universität Bochum

(Un-)gefährlicher Rechtsterrorismus? Konkurrierende Deutungen von Rechtsterrorismus in bundesdeutschen Printmedien

Clemens Gussone, Berlin

„The Never Ending Story“: (Rechts)Terrorismus und Nachrichtendienste

Jan Schedler, Ruhr-Universität Bochum

Moderation: *Tobias Singelstein*, Ruhr-Universität Bochum

Abschlussrunde (16.30-18.00)

Remembering and commemorating right-wing terrorism in Italy and Germany

Remembering and commemorating right-wing terrorism Right-wing terrorism has a long history; often repressed by the majority of the society, it is not forgotten in the memories of victims and survivors. Whether and in what way right-wing violence is remembered, refers to what the causes of this violence are seen as, but also to fundamental questions of recognition and who is being heard. F

Moderiertes Gespräch mit:

Fabian Virchow, Hochschule Düsseldorf und *Tor Einar Fagerland*, Norwegian University of Science and Technology Trondheim

Moderation: *Carola Dietze*, Universität Jena

Sprache: Englisch

Veranstalter: NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus (FORENA) der Hochschule Düsseldorf und Lehrstuhl für Kriminologie der Ruhr-Universität Bochum/Nachwuchsforschungsgruppe „Rechtsextreme Gewaltdelinquenz und Praxis der Strafverfolgung“ der Hans-Böckler-Stiftung.

Die Tagung wird als Hybrid-Veranstaltung (online und Präsenz) durchgeführt. Die wenigen Präsenzplätze sind leider schon vergeben. Zur Teilnahme Videokonferenztool „BigBlueButton“ melden Sie sich bis zum 20. Oktober 2020 mit ihrem Namen, ggfls. ihrer Institution (z.B. Hochschule ABC, Initiative XYZ), Ihrer Emailadresse sowie einem Stichwort zum Interesse am Thema der Veranstaltung an unter: ibs@stadt-koeln.de. Sie erhalten dann eine Anmeldebestätigung und wenige Tage vor der Tagung den Einladungslink zur Videokonferenz zugesandt.

Jugend- und Schülergedenktag 2021: Beiträge gesucht

Der damalige Bundespräsident Roman Herzog erklärte im Jahr 1996 den 27. Januar als Jahrestag der Befreiung der Überlebenden aus dem Konzentrationslager Auschwitz zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus.

In Köln hat die Schulverwaltung daraufhin in Zusammenarbeit mit dem Jugendring, dem Jugendamt und dem NS-Dokumentationszentrum einen Arbeitskreis ins Leben gerufen, der seitdem die Auseinandersetzung von Schülerinnen und Schülern mit den Themen NS-Zeit und Gedenken der Opfer der NS-Herrschaft fördert. Seit 1998 befassen sie sich in informativen, oft sehr bewegenden Beiträgen unter ganz unterschiedlichen Aspekten mit dem Nationalsozialismus. Die Ergebnisse werden jedes Jahr am 27. Januar in einem Bühnenprogramm und einer Ausstellung vorgestellt.



Das Bühnenprogramm 2021:

Ob und in welcher Form das Bühnenprogramm unter den Einschränkungen und Bestimmungen im Rahmen der Corona-Pandemie stattfinden kann, wird an dieser Stelle noch bekannt gegeben.

Die Ausstellung 2021:

Auch im Jahr 2021 möchten wir die Arbeits- und Projektergebnisse von Schüler*innen gerne im NS-DOK präsentieren. Ob in rein digitaler Form oder aber als ‚Hybrid-Veranstaltung‘ mit einer Ausstellung im Gewölbe des NS-DOK und vertiefender digitaler Präsentation können wir erst kurzfristig entscheiden.

Wenn Sie Interesse an einer Teilnahme haben oder bereits an einem konkreten Projekt arbeiten, melden Sie sich bitte bis Ende November 2020 mit einer kurzen, aber schon möglichst konkreten Projektskizze unter Dirk.Lukas-sen@stadt-koeln.de

Achten Sie bitte darauf, dass neben dem Exponat in jedem Fall bis Anfang Januar 2021 dann auch folgende Elemente für die digitale Präsentation erarbeitet werden:

- eine digitale Dokumentation der Arbeit (Foto-Aufnahmen oder knappe Videos)
- knappe schriftliche Erläuterungen zum Projekt
- ein kurzes „Making-Off“ mit Erläuterungen zu Entstehen und Idee als Video (max. 5 Minuten)
- Ggf. Schüler*innenstimmen zum Projekt/ Statements o.ä. (als Video)

Bei weiteren Fragen zur Ausstellung steht Dr. Dirk Lukaßen, Referent Bildung und Vermittlung am NS-Dokumentationszentrum, zur Verfügung:
Telefon: 0221/221-26567
E-Mail: Dirk.Lukassen@stadt-koeln.de

Bei Fragen rund um das Bühnenprogramm wenden Sie sich bitte an:

Amt für Schulentwicklung, Tel: (0221) 221-29068 oder (0221) 221-29069

Im Rahmen des Jugend- und Schülergedenktages wird der **Reinhard-Engert-Preis** verliehen. Diesen ruft die Werkstatt für Ortsgeschichte Köln-Brück ruft in Erinnerung an ihren stellvertretenden Vorsitzenden aus. Der Preis wird gemeinsam mit dem NS-DOK vergeben. Bewerben können sich Schülerinnen und Schüler, Klassen oder Kurse an Kölner Schulen. Verliehen wird der Preis für herausragende Auseinandersetzungen (z. B. schriftliche Arbeiten, Ausstellungen) mit

- Ortsgeschichte
- Biografien
- Familiengeschichten
- Historischen Begebenheiten
- Historischen Prozessen
- Migrations- und Fluchtgeschichten

Er ist mit 2.000 Euro dotiert. Förderpreise von bis zu 1.000 Euro sind möglich. Eine Jury aus folgenden Mitgliedern entscheidet über die Preisvergabe: Brigitte Bilz (Vorsitzende), Prof. Dr. Michael Klöcker, Dr. Dirk Lukaßen, Pfarrer Franz Meurer sowie die/der Bezirksbürgermeister/in von Kalk.

Bewerbungen müssen bis zum 15. Januar 2021 postalisch an folgende Adresse gesandt werden:

Brigitte Bilz
c/o Werkstatt für Ortsgeschichte Köln-Brück
Wiehler Str. 25
51109 Köln

Nachfragen unter: info@gw-koeln-brueck.de

Weitere Veranstaltungen

Bitte beachten Sie: Die meisten der hier angekündigten Veranstaltungen können nur unter Auflagen stattfinden (z.B. Beschränkungen der Teilnehmenden durch Anmeldungen). Viele Veranstaltungen im Internet werden kurzfristig veröffentlicht, daher sind die Ankündigungen auf den folgenden Seiten nicht vollständig.

Bitte informieren Sie sich auf den Kanälen der Veranstalter*innen über die aktuellen Entwicklungen.

Jüdisch in Deutschland

Podcast, 1. Oktober 2020, 12 Uhr, online



Die Konrad-Adenauer-Stiftung teilt mit: „Wie leben Juden und Jüdinnen in Deutschland? Was sind ihre Sorgen und Wünsche? Darüber spricht Veronique Brüggemann im Podcast ‚Erststimme - Der Podcast für alles außer Corona‘ mit Anastassia Pletoukhina. Die 34-Jäh-

rige Sozialwissenschaftlerin ist Direktorin für die Aktivitäten der Jewish Agency for Israel in Berlin und lebt modern-orthodox. Was bedeutet "jüdisch sein" für sie? Wie lebt sie ihre Religion im Alltag? Und wie reagiert ihr Umfeld darauf. Davon wird sie uns erzählen.

Pletoukhina wurde in Moskau geboren und ist in Lübeck aufgewachsen. Seit Jahren engagiert sie sich in der jüdischen Gemeinde. Sie hat unter anderem den Studentenverband "Studentim" gegründet und ist als Referentin für das Dialogprojekt ‚Meet a Jew‘ im Einsatz.

Vor einem Jahr hat sie das Attentat auf die Synagoge in Halle erlebt. Trotzdem macht sie weiter, gibt Interviews, hält Vorträge, informiert. Wird sie nicht müde, immer wieder das Judentum zu erklären? Und was erwartet sie von der Mehrheitsgesellschaft im Angesicht des wachsenden Antisemitismus? Auch darüber werden wir sprechen.“

Podcast unter:

<https://www.kas.de/de/web/bundesstadt-bonn/veranstaltungen/detail/-/content/erststimme-der-podcast-fuer-alles-ausser-corona>

Rassismus? Bei uns doch nicht!

Vortrag, Donnerstag, 1. Oktober 2020, 19 Uhr, Stolberg

Das KI Städteregion Aachen lädt ein: „In seinem Vortrag mit dem Titel ‚Rassismus in Schule und Gesellschaft‘ geht Prof. Dr. Karim Fereidooni auf ausgewählte Ergebnisse seiner Dissertation mit dem Titel ‚Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen von Referendar_innen und Lehrer_innen mit Migrationshintergrund‘ ein. Im Fokus des Vortrags steht die folgende Frage: ‚Warum ist es nach wie vor schwierig über Rassismus(erfahrungen) in Gesellschaft und Schule zu sprechen?‘

Prof. Dr. Karim Fereidooni ist Juniorprofessor für Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung an der Ruhr-Universität Bochum. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Rassismuskritik in pädago-

gischen Institutionen, Schulforschung und Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft und Diversitätssensible Lehrer_innenbildung.

Da es aufgrund der Coronaschutzmaßnahmen nur begrenzte Plätze gibt, wird die Veranstaltung auf dem YouTube Kanal, der Facebookseite und der Homepage der Städte-Region Aachen gestreamt.“

Ort: Kulturzentrum Frankental, Frankentalstraße 3, 52222 Stolberg

Teilnahme: kostenlos

Anmeldung: andreas.goffin@staedteregion-aachen.de

Wessen Erinnerung zählt?

Vortrag, Donnerstag, 1. Oktober 2020, 19 Uhr, Aachen

Demokratie Leben! Aachen lädt ein: *„Als das Deutsche Reich am 28. Juni 1919 den Vertrag von Versailles unterzeichnete, gingen die überseeischen Kolonien an die Siegermächte des Ersten Weltkriegs über. Lange vergessen, kehrt die Kolonialperiode in Ländern wie Namibia, Kamerun oder Ruanda in den letzten Jahren in die Erinnerung zurück. Was bedeutet dieses Wiederauftauchen für die Bundesrepublik? Die neue Erinnerungskultur hat gravierende Auswirkungen auf das Selbstverständnis eines Landes, dessen Bevölkerung immer diverser wird. Dr. Zudem macht er sichtbar, welche Fragen sich ergeben, wenn auch die Erinnerung jener zählt,*

die eingewandert und damit Teil der Gesellschaft geworden sind.“

Mark Terkessidis, renommierter Migrations- und Rassismusforscher, macht mit seinem Blick in die Vergangenheit aktuelle Debattennachvollziehbar und zeigt, an welchen Stellen sie in eine neue Richtung gelenkt werden müssen

Ort: Volkshochschule Aachen, Peterstraße 21–25, 52062 Aachen, Forum

Teilnahme: kostenlos

Anmeldung: vhs@mail.aachen.de

Katharina Oguntoye – legendäre Aktivistin

Talk, Donnerstag, 1. Oktober 2020, 19 Uhr, Köln-Innenstadt

Die VHS und KLuST e.V. laden ein zu einem Abend zum Cologne Pride 2020: *„Katharina Oguntoye hat die feministische und die afrodeutsche Bewegung in Deutschland entscheidend mitgeprägt, nicht zuletzt durch ihr in den 1980er Jahren erschienenes Buch „Farbe bekennen: Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte“.*

Oguntoye ist Mitgründerin der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland und

wurde 2020 für ihr herausragendes Engagement mit dem Berliner Preis für Lesbische Sichtbarkeit ausgezeichnet. Ihr lebenslanges Kämpfen gegen Alltagsrassismus und Diskriminierung geht darüber allerdings hinaus.“*

Ort: FORUM Volkshochschule im Museum am Neumarkt, Cäcilienstr. 29-33, 50667 Köln, Altstadt-Süd

Anmeldung: vhs-gesellschaft@stadt-koeln.de

Das Märchen von der Augenhöhe

Austausch, Donnerstag, 1. Oktober 2020, 19 Uhr, Köln-Südstadt

Die Aktion Neue Nachbarn, das Integrationshaus e.V., das Forum für Willkommenskultur, die Melanchton Akademie und die ehrenamtliche Kölner Forum Theater – Gruppe laden ein: *„Willkommensinitiativen engagieren sich für die gleichberechtigte Teilhabe von Geflüchteten am gesellschaftlichen Leben. Dabei liegt der Fokus zumeist außerhalb der Initiative, z.B. in der Integration von Geflüchteten in den Arbeits- oder Wohnungsmarkt oder in der Forderung nach einem Bleiberecht für alle. Weniger Beachtung findet der Blick nach Innen. Wie funktioniert die Teilhabe innerhalb der Initiative? Wie gelingt Zusammenhalt in der alltäglichen Begegnung? Wo stößt er an Grenzen? Und wie beeinflussen gesellschaftliche Machtstrukturen all das?*

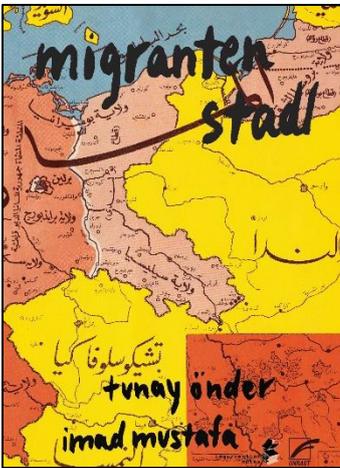
*Diesen Fragen wollen wir uns annähern durch die Methode des „Forumtheater“ von Augusto Boal. Interaktiv können die Teilnehmer*innen und Gäste anhand von Alltagsszenen ihren Blick erweitern und spielerisch Handlungsmöglichkeiten erproben. Als eine weiße Theatergruppe wird sich das Kölner Forum-Theater den genannten Fragen aus dieser Positionierung nähern.“*

Ort: IN VIA Köln, Kapitelsaal, Stolze Str. 1a, 50674 Köln

Anmeldung: mentoren@koeln-freiwillig.de

Migrantenstadt mit Tunay Önder & Imad Mustafa

Lesung/Performance, Freitag, 2. Oktober 2020, 19 Uhr, Köln-Innenstadt



Das Rautenstrauch-Joest-Museum lädt ein: „Aus meiner Perspektive müssen sich nicht die vermeintlich Andersartigen integrieren; sondern die Mehrheitsgesellschaft muss sich kanakisieren.“ (Tunay Önder)

Seit 9 Jahren denken, schreiben, kuratieren und gestalten Tunay Önder und Imad Mustafa gemeinsam unter dem Label ‚Migrantenstadt‘.

Im Mittelpunkt ihrer Arbeit setzen sie sich mal kritisch-analytisch, mal dadaistisch-künstlerisch mit gesellschaftlichen Fehlentwicklungen auseinander: Allzu deutschen Zuständen, Rassismus-, Integrations- oder Heimatdiskursen setzen sie aktuelle Berichte aus der Peripherie, Wörterayntöffe und Manifeste entgegen, die eine postmigrantische Gesellschaft von unten entwerfen.“

Ort: Baustelle, Rautenstrauch Joest Museum, Cäcilienstr. 29-33, 50667 Köln (Barrierefrei; im Anschluss Umtrunk)

Teilnahme: kostenlos

Anmeldung: bis zum 27.09. unter: rjm-veranstaltungen@stadt-koeln.de

Neue Allianzen gegen Rassismus

Diskussion, Samstag, 3. Oktober 2020, 11 Uhr, Köln-Innenstadt

Volkshochschule Köln, AWO Bezirksverband Mittelrhein, Tribunal NSU Komplex auflösen und das Rautenstrauch-Joest-Museum laden gemeinsam mit mehreren vorbereitenden Kölner Initiativen ein: „Nach dem Mord an George Floyd und den antirassistischen Aufständen in den USA gingen auch in Köln Zehntausende, überwiegend junge Menschen, gegen Rassismus auf die Straße, um ihrer Wut Ausdruck zu verleihen. Die Botschaft war klar: „Es reicht!“ Nun wird auch hierzulande erstmals in einer breiten Öffentlichkeit über Rassismus, rassistische Gewalt und (neo)koloniale Machtverhältnisse gesprochen. Doch noch lange ist das Ziel nicht erreicht.

Wir wollen im FORUM Volkshochschule und in der Baustelle des Rautenstrauch-Joest-Museums einen Raum für Menschen aus allen Spektren und Initiativen der antirassistischen Bewegung in Köln anbieten, um einander kennenzulernen und sich auszutauschen.

Es gibt gemeinsame offene Fragen, unter anderem: Wie können wir antirassistische Positionen stärken und öffentlich mehr Gehör verschaffen, um Rassismus wirksamer zu bekämpfen? Wo stehen wir in Köln? Was beschäftigt die verschiedenen Initiativen / Bündnisse gerade? Welche Zusammenarbeit ist vorstellbar?

Wir freuen uns neben diesem Austausch auf die Inputs von Vincent Bababouilabo aus Berlin und Newroz Dumand aus Hanau (angefr.)“

Ort: FORUM Volkshochschule im Museum am Neumarkt, Cäcilienstr. 29-33, 50667 Köln, Altstadt-Süd

Teilnahme: kostenlos

Anmeldung: vhs-gesellschaft@stadt-koeln.de oder unter 0221 - 221 25990

Rassismus in Kinderbüchern

Vortrag und Workshop, Dienstag, 6. Oktober 2020, 18 Uhr, online

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit lädt ein: „Viele unserer populären Kinderbücher sind in einer Zeit geschrieben worden, in der Menschen mit dunklerer Hautfarbe systematisch unterdrückt wurden. Das schlägt sich in Text, Inhalt und Bildern nieder

Und viele werden heute noch geschrieben und gezeichnet in einer Weise, die Menschen kollektiv lächerlich macht. Rassismus hat dabei viele Strategien: nicht nur die offene Abwertung, sondern auch die Idealisierung und die lustigen Schwänke können ausgrenzend wirken.

Vortrag und Workshop führen in die Geschichte rassistischer Karikaturen ein und diskutieren an aktuellen Beispielen Möglichkeiten der Prävention und Intervention an Bibliotheken, Schulen, Kindertagesstätten und im Kinderzimmer. Was für Bezeichnungen werden heute als kränkend empfunden? Wie schreibt man ohne Rassismus? Wie kann man rassistische Kinderliteratur umschreiben? Gibt es Beispiele für historisch-

kritische Editionen? Kann man mit Kindern rassistische Passagen kritisch diskutieren? Welche Möglichkeiten fallen uns noch ein?

Der etwa 60-minütige Einführungsvortrag wird öffentlich auf Youtube gestreamt. Im daran anschließenden Workshop, für den eine Anmeldung notwendig ist, werden mitgebrachte Fallbeispiele diskutiert, um einen praxisorientierten Erfahrungsaustausch anzuleiten. Der Workshop ist offen für jeden.

Hinweis: Die Veranstaltung beinhaltet historische Zitate in Wort und Bild. Diese sind zum Verständnis diskriminierender Sprache notwendig und werden stets als Zitate kenntlich gemacht.

Der Referent Dr. Felix Riedel ist promovierter Ethnologe und hat über Medienpropaganda geforscht. Er arbeitet freiberuflich als politischer Bildungsreferent.“

Teilnahme: kostenlos

Anmeldung unter:
anmeldung@koelnische-gesellschaft.de

Versteh einer die Deutschen! Firas erkundet ein merkwürdiges Land

Vortrag, Dienstag, 6. Oktober 2020, 19 Uhr, Aachen



Das Kommunale Integrationszentrum der Städte-Region Aachen lädt ein: „Firas Alshater, geboren 1991 in Damaskus, studierte Schauspiel. In der Revolution gegen Baschar al-Assad begann er als Journalist und Kamera-

mann für ausländische Nachrichtenagenturen zu

arbeiten. Er wurde mehrfach verhaftet und brutal gefoltert.

Seit 2013 lebt er in Berlin. Gemeinsam mit Jan Heilig drehte er den Dokumentarfilm ‚Syria Inside‘ sowie diverse YouTube-Videos für die Webserie Zukar. Firas Alshater studiert derzeit an der Filmhochschule in Babelsberg. Er glaubt unerschütterlich daran, dass Integration funktionieren kann.“

Ort: Haus der StadtRegion Aachen, Zollernstraße 16, Raum B 128, 52070 Aachen

Anmeldung unter:
andreas.goffin@staedteregion-aachen.de

Gekonnt handeln – gegen Antiziganismus

Seminar, Donnerstag, 8. Oktober 2020, 13 Uhr, online

Die Bundeszentrale für politische Bildung lädt ein: „Vorurteile und Rassismus gegenüber Sinti, Romnja und Roma sind leider allgegenwärtig - ein gesellschaftliches Bewusstsein scheint dafür jedoch wenig ausgeprägt. Das Online-Seminar "Gekonnt handeln - gegen Antiziganismus" möchte dieses Bewusstsein stärken und Menschen, die sich in ihrem Arbeitskontext (auch) mit Antiziganismus beschäftigen, in ihrer Arbeit unterstützen.

Das Methoden- und Reflexionsseminar wendet sich explizit an politische Bildnerinnen und Bildner, die sich mit anderen Kolleginnen und Kollegen über Formen von Antiziganismus und

mögliche Gegenmaßnahmen austauschen wollen. Diskutiert und erprobt werden soll dabei auch, wie sich ausgewählte Methoden im digitalen Raum umsetzen lassen.

Im Mittelpunkt dieses Methoden- und Reflexionsseminars stehen von Praktikerinnen und Praktikern bereits erfolgreich eingesetzte Methoden, die auch in der Handreichung ‚Gekonnt handeln: Kritische Auseinandersetzung mit Antiziganismus‘ (2020) zu finden sind.“

Weitere Infos, Anmeldung und Programm:
www.bpb.de/315075

Rechtspopulismus: Retter oder Gegner des „Christlichen Abendlands“?

Vortrag, Freitag, 9. Oktober 2020, 19 Uhr, Gummersbach

Netzwerk gegen Rechts im Oberbergischen Kreis und Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Windhagen laden ein: „Durch ihr Buch ‚Die Angstprediger‘ wurde die bekennende evangelische Christin Liane Bednarz zur Expertin für das Phänomen, dass Rechtspopulisten gerade unter konservativen Christen erfolgreich Anhänger rekrutieren. Diese Art von Fundamentalismus nutze das Vertrauen in die christliche Religion und ihre Kirchen, um die bürgerliche Mitte mit rechten Ideen zu infiltrieren und einen Kreuzzug gegen Pluralismus und Toleranz zu führen, so Bednarz. Als CDU-Mitglied aus konservativem, evangelikalem Haus ist es ihr ein Anliegen, genau zu unterscheiden zwischen ‚Rechts‘ – was

Nationalismus, Völkisches Denken und Rollenklischees der Geschlechter einschließt – und ‚Konservativ‘, was einen freiheitlich-demokratischen Staat, Gleichberechtigung und Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit bedeutet.

Eingeladen zu dieser Veranstaltung sind Mitglieder der Oberbergischen Kirchen- und Freikirchengemeinden und die Angehörigen der Mitgliedsorganisationen des Netzwerkes gegen Rechts.“

Eintritt: frei

Anmeldung unter:
Uli.Wagner@t-online.de

Internationale Solidarität zwischen den 1960er und 1980er Jahren

Gespräch, Samstag, 10. Oktober 2020, 15 Uhr, Köln-Innenstadt

Das Rautenstrauch-Joest-Museum lädt ein: „Im Erzählcafé blicken wir auf die Widerstandsgeschichten von Migrant*innen, die als Teil der weltweiten Internationalen in den 1960ern und 70ern Jahren in Deutschland gegen die Kolonialmächte auf dem afrikanischen Kontinent oder gegen die Diktaturen in Lateinamerika kämpften.

Befreiungsbewegungen in den Herkunftsregionen und in Deutschland überblenden sich, ostdeutsche und westdeutsche Geschichte(n) von Flucht und Exil ebenso. Aus der Perspektive der zweiten Generation rekonstruieren wir die Geschichte(n) der Elterngeneration und spannen

einen Bogen zu den postmigrantischen Realitäten und den heutigen transnationalen Kämpfen um Gerechtigkeit. Was können wir aus den historischen Kämpfen über Solidarität lernen?

Gäste sind u.a.: Muriel Gonzalez (Historikerin) und Carla de Andrade Hurst (Diversity Managerin RJM)“

Ort: Baustelle, Rautenstrauch Joest Museum, Cäcilienstr. 29-33, 50667 Köln

Teilnahme: kostenlos

Anmeldung:
rjm-veranstaltungen@stadt-koeln.de

Wer bin ich für dich?

Sensibilisierungstraining, 17. und 18. Oktober 2020, Gummersbach

Die Naturfreunde NRW laden ein: „*Wer sich für ein Training im Bereich Antidiskriminierung und Antirassismus aus eigener Motivation heraus interessiert, betrachtet sich selbst oftmals als offen und tolerant. Auch die Gesellschaft, in der wir leben wird, zumeist aus der Warte der weißen Mehrheitsgesellschaft so wahrgenommen. Vielfalt in vielerlei Hinsicht gilt als erstrebenswert und Zeichen einer modernen, aufgeschlossenen Gesellschaft. Doch häufig übersehen wir als Angehörige dieser Mehrheitsgesellschaft strukturelle und alltägliche Formen der Diskriminierung, mit denen sich unsere Mitmenschen oftmals konfrontiert sehen: Vorurteile, Benachteiligungen und Angriffe aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht, vermutetem Migrationshintergrund oder sexueller Orientierung sind leider*

keine Seltenheit in unserem Alltag.

In diesem Seminar wollen wir uns mit den alltäglichen Formen von Diskriminierung auseinandersetzen. Im Mittelpunkt soll dabei die Binnensicht stehen, also eine Überprüfung des eigenen Standpunktes und der eigenen Haltung. Wo haben wir selbst blinde Flecke? Wie lassen wir uns von festgelegten Erwartungen leiten? Und können Vorurteile sogar manchmal hilfreich sein? Diesen Fragen wollen wir in dem Training gemeinsam in zwei intensiven Tagen nachgehen.“

Ort: Gummersbach

Teilnahme: 40 Euro

Anmeldung:
veranstaltung@naturfreunde-nrw.de

Angekommen - und jetzt?

Lesung, Samstag, 17. Oktober 2020, 13 Uhr, Köln-Mülheim

Africologne Festival und Pamoja Afrika e.V laden zum DiversCity Tag ein: „*Karmela Shako wird hier Gedichte von May Ayim (,Grenzenlos und unverschämt‘, 1997) vorstellen und eine Kurzgeschichte von Fatou Diome aus dem Band ,Eingeborne zuerst!‘ (2018) vorlesen.*

May Ayim gehört zu den prominentesten Frauen der Schwarzen Community in Deutschland. Die bereits 1996 verstorbene preisgekrönte Schriftstellerin und Aktivistin legt in ihrem Essayband ,Grenzenlos und unverschämt‘ ihre persönliche Geschichte als Afrodeutsche dar.

Fatou Diome wurde 1986 in einem kleinem senegalesischen Fischerdorf geboren und lebt seit

1994 in Straßburg. Sie studierte Literaturwissenschaften und unterrichtete an der Universität. Ihr erster Roman "Der Bauch des Ozeans" hatte international großen Erfolg und wurde in Deutschland mit dem Literaturpreis ausgezeichnet. In ihren Büchern thematisiert die Schriftstellerin das Verhältnis zwischen Afrika und Frankreich und beleuchtet ihre eigenen Erfahrungen als junges Mädchen in einem fremden Land anzukommen und den Integrationsschwierigkeiten die damit einhergingen. Die Sehnsucht und die Erinnerungen an

Die in Köln lebende Schauspielerin Karmela Shako kennt man aus einigen TV Produktionen, wie z.B. Soko Stuttgart, Marie Brandt, Rote Rosen, Alarm für Cobra 11, Samira, Voll Paula. Im Oktober läuft ihr erster internationaler Kinofilm (Jackie en Oopjen) an. Die talentierte Schauspielerin gastierte 2017 am Theaterhaus Stuttgart in Stefano Massinis zeitgenössischem Drama ,7 Minuten‘, das mit dem Monica-Bleibtreu-Preis ausgezeichnet wurde und wirkte 2018/2019 in Halle an der Saale an einer Grande Opera als Schauspielerin in dem Stück ,L'Africaine‘ mit. Sie setzt sich für Frauenrechte und gegen Rassismus ein, und unterstützt unterschiedliche soziale Projekte in Afrika.“

Weitere Infos unter:

<http://www.africologne-festival.de/>



Safe Space: Identität und Empowerment

Workshop, Montag, 19. Oktober 2020, 11 Uhr, Köln-Innenstadt

Die VHS Köln lädt in Kooperation mit Pamoja e.V. ein: *„Die Konfrontation mit Diskriminierung und Rassismus gehört immer noch zu den Alltagserfahrungen von Zugewanderten in Deutschland. Insbesondere betrifft dies Menschen afrikanischer Abstammung. Wie geht man damit um, und wie fördert man eine selbstbewusste Haltung zur eigenen Identität? Der Kurs stärkt Selbsthilfekompetenzen und gibt Anregungen zum Umgang mit Ausgrenzung, Rassismus und Diskriminierung. Darüber hinaus dient dieser Workshop im Sinne von Safe Space als*

Austausch über Identität, Rassismuserfahrungen und Empowerment-Strategien.“

Für und mit Menschen afrikanischer Abstammung

Ort: VHS Studienhaus am Neumarkt, Cäcilienstr. 35, 50667 Köln, Altstadt/Süd

Teilnahme: frei

Anmeldung unter:
homaira.mansury@stadt-koeln.de

Vielfalt und Networking junger Jüdinnen und Juden in Deutschland

Vortrag, Donnerstag, 22. Oktober 2020, 19.30 Uhr, online

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit lädt ein: *„Für Minoritäten ist Networking ganz allgemein ein wichtiges und zentrales Instrument zur Identitätsstärkung, für Aktivismus und den Austausch miteinander. Das gilt auch für die junge Generation von Jüdinnen und Juden in Deutschland. Die Sehnsucht nach „verstehenden“ Kontakten, nach Menschen mit einem ähnlichen Erfahrungs- und Erlebnishorizont ist groß. Dies gilt für alltägliche Ereignisse, aber auch und vor allem für einschneidende Vorfälle wie zum Beispiel nach den Gazakriegsdemonstrationen 2015, als antisemitische Paro-*

len auf den Straßen Deutschlands wieder laut und offen zu hören waren.

Doch wie verbinden sich junge Jüdinnen und Juden, die oft weit voneinander entfernt leben? Welche spezifisch jüdischen Initiativen gibt es?

Die Referentin, Naomi Bennett, engagiert sich im Bund jüdischer Studierender Baden und ist darüber hinaus in der jüdischen Community gut vernetzt.“

Teilnahme: kostenlos

Anmeldung unter:
anmeldung@koelnische-gesellschaft.de

Rassismus und Diskriminierung

Workshop, Freitag, 23. Oktober 2020, 13 Uhr, St. Augustin

Friedrich-Ebert-Stiftung und die Stadt Sankt Augustin laden ein: *„Diskriminierung ist in Deutschland verboten – und doch kommt sie immer wieder vor. Ob Benachteiligungen bei der Jobsuche, beim Abschluss eines Kredits, beim Trainieren im Fitnessstudio oder beim Mieten einer Wohnung: Täglich wenden sich Betroffene an das Beratungsteam der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Durch Taten und Worte, in den Medien und Institutionen - Rassismus und Diskriminierung sind Alltagsthemen.*

In unserem Workshop mit Trainer_innen des Anti-Rassismus Informations-Centrum, ARIC-NRW e.V. wollen wir mit theoretischen Inputs

und praktischen Übungen für die Thematik sensibilisieren. Wir gehen dabei den Fragen nach, was bedeuten die Begriffe Rassismus und Diskriminierung und was nicht? Wie funktionieren Rassismus und Diskriminierung und welche Auswirkungen haben sie? Welche Formen von Rassismus und Diskriminierung gibt es? Und vor allem: was kann ich dagegen tun?“

Ort: Technisches Rathaus, An der Post 19, 53757 Sankt Augustin

Anmeldung unter:
Kerem Aslan, info@8sam.nrw

Der große Demokrat

Film und Diskussion, Freitag, 23. Oktober 2020, 18.30 Uhr, Köln-Innenstadt



Die Partnerschaften für Demokratie Köln laden ein: „Der Film widmet sich dem Thema Bürgerbeteiligung und begleitet Rami Hamze bei seinem Projekt „Kalk für alle!“, das er 2014 hier in Köln umgesetzt hat. Die Vorführung wird als Hybrid-Veranstaltung stattfinden: Es gibt eine geringe Anzahl an Plätzen vor Ort in der Alten Feuerwache, wo zu-

nächst der Film dem Publikum vorgeführt und anschließend mit verschiedenen Akteur*innen auf dem Podium über Film und Thematik diskutiert wird.

Rami Hamze (Regisseur und Protagonist), Elisaveta Khan (Engagierte Bürgerin), Mark Schalm/ Nora Freier (Uni Wuppertal, Forschungsstelle Bürgerbeteiligung)

Moderation: Anke Bruns

Gleichzeitig wird die komplette Veranstaltung als Livestreaming auf YouTube stattfinden – alle, die aufgrund der aktuellen Entwicklungen lieber von Zuhause aus dabei sein möchten, können also dennoch zuschauen und über den Live Chat mitdiskutieren.“

Eintritt: frei

Ort: Alte Feuerwache Köln, Melchiorstraße 3, 50670 Köln

Anmeldung unter :
podium2020@demokratieleben-koeln.de

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus: Erscheinungsformen, Entwicklungen und Strategien

Schulung, Montag, 26. Oktober 2020, 14 Uhr, Gummersbach

Das Netzwerk gegen Rechts im Oberbergischen Kreis lädt ein: „Neonazis, Rechtsextreme, Neue Rechte, Rechtspopulismus, Identitäre Bewegung, Reichsbürger... Das sind nur einige Begriffe, die in der aktuellen Diskussion über das politische Spektrum Rechtsaußen genutzt werden. In diesem Dickicht unterschiedlicher Zuschreibungen verliert man schnell die Übersicht. Um wen handelt es sich genau? Was sind die jeweiligen ideologischen Grundlagen? Und wie sind die einzelnen Spektren voneinander zu unterscheiden?“

*Antworten auf diese und andere Fragen erhalten Sie bei dem Training für Multiplikator*innen.“*

Referent*innen:

Anke Hoffstadt und Alexander Häusler

Teilnahme: kostenfrei

Ort: Alevitisches Kulturzentrum, Hermannsburgstr. 5, 51643 Gummersbach

Anmeldungen unter:
info@netzgegenrechts-oberberg.org

Rassismus und Diskriminierung, Teil 7: Institutioneller Rassismus

Vortrag und Diskussion, Donnerstag, 29. Oktober 2020, 17 Uhr, online

Solibund e.V. teilt mit: „Einmal im Monat führt der Solibund e.V. Veranstaltungen online durch. Die Reihe wird bis Ende des Jahres im Rahmen des Projekts samo.faPlus organisiert und durchgeführt. Sowohl die Reihe als auch die Webinare werden von Frau Lale Konuk moderiert.

Dieses Mal referiert Neri Orman, Doktorandin an der Universität zu Köln.“

Anmeldung per Mail erforderlich unter:
info@solibund.de

Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt Gespräch, Donnerstag, 29. Oktober 2020, 17 Uhr, online

Die Opferberatung Rheinland (OBR) lädt ein: „Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt zeigen sich in verschiedenen Formen und Ausprägungen, haben eine lange Kontinuität in Deutschland und sind fest in öffentlichen Debatten sowie Institutionen etabliert. Viele Menschen wollen daran etwas ändern, doch was braucht es dafür und wie kann dies gelingen? Dieser Frage widmen sich die Opferberatung Rheinland (OBR) und Re_Struct von IDA-NRW im Rahmen einer Webtalkreihe.

Im Gespräch mit unseren Gästen werden wir aus rassismuskritischer und intersektionaler Perspektive über Rassismus(formen), Wirkungsweisen und Handlungsstrategien in unserer Gesellschaft und aktuelle Fragestellungen diskutieren sowie Möglichkeiten für Empowerment, Solidarität und Veränderungen aufzeigen.

Die Expertisen von engagierten BIPOC* und marginalisierte Stimmen im Kontext von rassismuskritischer Bildungsarbeit stehen in unseren Gesprächen im Vordergrund. Diese wollen wir sichtbar machen sowie ihre Stimmen und Perspektiven auf Rassismen in der öffentlichen Diskussion stärken.

Das Gespräch, Teil einer Webtalkreihe, findet auf Zoom statt. Einladung folgt nach der Anmeldung. Es wird die Möglichkeit geben Fragen aus dem Publikum zu stellen.“

Anmeldung unter:

<https://www.ida-nrw.de/veranstaltung/register/result/reguid/hmac/rassismus-wirkt-wir-zeigen-wie/>



Jugendliche zwischen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus. Ansätze der Prävention in der pädagogischen Arbeit Workshop, Donnerstag, 29. Oktober 2020, 15 Uhr, Aachen



Die VHS Aachen lädt ein: „Die muslimische Religiosität und ihre verschiedenen Ausdrucksformen haben sich in der letzten Zeit gewandelt. Dazu zählt auch das Erstarken extremistischer Formen. Die Teilnehmenden lernen Inhalte, Ausdrucksformen und Attraktivitätsmomente von religiös begründetem Extremismus kennen

und sie erhalten Einblick in Möglichkeiten der Prävention. Wir möchten Ihnen zudem Ansätze, Methoden und Materialien für die pädagogische Praxis vorstellen.“

Ort: Nadelfabrik Aachen, Reichsweg 30, Seminarraum 1

Teilnahme: kostenlos

Anmeldung: vhs@mail.aachen.de

Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes

„Wir reden mit...“

Podcast zum Thema rassismuskritische Bildungsarbeit

Unser Mitarbeiter Ilja Gold (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus) spricht im Podcast „Wir reden mit...“ des Kölner Flüchtlingsrats mit Miki Welde der Opferberatung Rheinland über rassismuskritische Bildungsarbeit im Kontext des freiwilligen Engagements in Willkommensinitiativen. Der Podcast wurde produziert im Rahmen eines Kooperationsprojekts von Kölner

Flüchtlingsrat e.V. und Kölner Freiwilligen Agentur e.V. und will Engagierte (und alle weiteren Hörer*innen der Folge) zu einer kritischen Selbstreflexion ihrer Arbeit mit Geflüchteten anzuregen.

<https://www.podcast.de/episode/488754183/Miki+und+Ilja+-+Rassismuskritische+Bildungsarbeit+in+Willkommensinitiativen/>

Für Freiheit in Forschung und Lehre

Stellungnahme der Forschungsstelle für Interkulturelle Studien

Wir dokumentieren eine Stellungnahme der Forschungsstelle für Interkulturelle Studien (FiSt) der Universität zu Köln vom 25.8.2020: *„In den letzten Jahren wurde viel über die Rede- und Meinungsfreiheit an Universitäten gestritten: Allerdings weniger an den Universitäten als vielmehr in der Presse. Nach wie vor werden die immer wieder gleichen, aber nur schwerlich zu vergleichenden Einzelfälle an unterschiedlichen Universitäten des Landes aufgegriffen, die behaupten, dass sich das Klima an Hochschulen verändert habe und die Freiheit der Lehre in Gefahr sei oder sogar ‘zerstört’ würde. Tenor der Artikel ist: Man dürfe nicht mehr alles an Universitäten sagen. Dabei sind mit ‘alles’ vor allem Aussagen gemeint wie: ‘Der Islam gehört nicht zu Deutschland’ oder ‘Das Kopftuch ist ein Zeichen für Unterdrückung’. Aussagen wie solche diskriminieren soziale Gruppen und Mitglieder der Universität. Über diese Tatsache und über die Vielzahl an weiteren diskriminierenden bzw. menschenverachtenden Äußerungen im Hörsaal, die Zugewanderte, Geflüchtete, Muslim*innen, Sinti*zze und Rom*nja, Juden und Jüdinnen u.a. beleidigen und angreifen, erfahren wir in den Artikeln vergleichsweise wenig. Solche menschenverachtenden und -feindlichen Äußerungen sind jedoch alltäglich, wie die zahlreichen Beschwerden von Opfern rassistischer und menschenfeindlicher Diskriminierung zeigen.*

1. Meinungsfreiheit bedeutet nicht, alles unwidersprochen sagen zu können

Nicht zuletzt angesichts der Erfahrungen im Nationalsozialismus schützt der Artikel 5 des deutschen Grundgesetzes die Meinungsfreiheit –

*und er weist auch auf deren besondere Bedeutung im Kontext der Wissenschaft hin. Die Geschichte der Meinungsfreiheit zeigt, wie sich unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit Rassismus artikulieren und in Institutionen einschreiben konnte, der dazu beigetragen hat, bestimmte Sichtweisen und Menschen systematisch auszuschließen. Meinungsfreiheit ist eine Freiheit, die historisch hart erkämpft wurde und um die auch heute immer wieder neu gerungen werden muss. Gerade die Freiheit von Forschung und Lehre bedeutet eben vor allem, dass Wissenschaftler*innen bei der Wahl ihrer Themen für Forschung und Lehre darauf zu achten haben, dass die Grundsätze der Offenheit und Transparenz eingehalten werden. Dies gilt gleichermaßen für die Anwendung von wissenschaftsgerechten Verfahren und Organisationsstrukturen und – je nach Fachdisziplin – insbesondere für die Einhaltung ethischer Prinzipien zum Schutze vulnerabler Gruppen. Daraus ergibt sich, dass für Universitäten andere Regeln gelten als für den Stammtisch. Es muss darauf geachtet werden, dass bestimmte Aussagen nicht bestimmte Personengruppen diskriminieren; und diese Aussagen müssen mit dem Instrumentarium einer kritischen Rassismus- und Diskriminierungsforschung als ‘rassistisch’, ‘rechtsextrem’ oder ‘menschenverachtend’ zunächst eingeordnet werden, um ihnen dann zu widersprechen.*

2. Gute wissenschaftliche Praxis denkt die eigene Macht mit

Universitäten und Hochschulen müssen ihrer Pflicht nachkommen, als staatliche Bildungsein-

richtungen Menschen- und Grundrechte zu respektieren, Demokratisierung zu befördern und entschieden für die Freiheit 'guter wissenschaftlicher Praxis' einzutreten. Verantwortung in der Lehre bedeutet die Reflexion potenzieller Verletzungen und die Minimierung der sprachlichen Verletzung. Es ist wichtig, diese für die Hochschule so zentralen Werte nicht nur zu proklamieren, sondern sie auch nach außen wie innen hin sichtbar zu praktizieren! Um es klar zu sagen: Gute wissenschaftliche Praxis ist es, die Grenze des Sagbaren begründet zu markieren. Gute wissenschaftliche Praxis bedeutet, die Situiertheit wissenschaftlicher Praxis und die eigene Positionierung entlang ungleichheitsrelevanter Machtstrukturen mitzudenken und gute wissenschaftliche Praxis bedeutet auch, bewusst gegen als wissenschaftlich getarnte oder bereits den Bereich der logischen Argumentation verlassende Aussagen in Form von fake news und Verschwörungstheorien entgegenzutreten. Es ist erstaunlich, dass in den Medien von dieser 'guten wissenschaftlichen Praxis' relativ wenig zu hören ist. Stattdessen wird der leider vielfach missbräuchlich verwendete Begriff der 'Political Correctness' erneut diffamiert, um rassistische Meinungsäußerungen im Hörsaal als berechtigt zu legitimieren.

3. Gesellschaftspolitische Positionierung gegen Diskriminierung

Wie die Schulen sind auch die Universitäten mit rechten Kampagnen konfrontiert. So wurde etwa in Baden-Württemberg ein Portal freigeschaltet, das unter der Überschrift firmierte: 'Mein Prof. hetzt'. Mit diesem Portal rief ein AfD-Landtagsabgeordneter Studierende dazu auf, unliebsame Professor*innen zu denunzieren, indem sie den Namen, Fotos und weitere Materialien (Audio, Screenshots, Klausuren etc.) für eine potenzielle Veröffentlichung hochladen. Problematisch an solchen Initiativen ist nicht nur, wie einzelne Parteien ein Klima der Angst geschürt haben; besorgniserregend ist auch, wie es rechtspopulistischen und rechtsextremen Akteur*innen immer wieder gelingt, den Begriff der politischen Neutralität für ihre Zwecke zu missbrauchen. Dies erreichen sie, indem sie die Behauptung aufstellen, dass Lehrkräfte nicht befugt seien, sich gesellschaftspolitisch zu positionieren. Demnach sei es ihnen nicht erlaubt, politische Strömungen oder Parteien in Lehre und Unterricht kritisch zu behandeln. Neutralität heißt jedoch nicht, menschenverachtende Aussagen unwidersprochen stehen zu lassen. Keine Lehrkraft oder Dozent*in darf neutral sein, wenn rassistische- und sexismusrelevante oder heterosexistische Positionen von Schüler*innen, Studierenden oder Kolleg*innen getätigt werden. Dies

ist beispielsweise auch im Beamtenrecht dokumentiert, dort heißt es: 'Beamtinnen und Beamte müssen sich durch ihr gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten.' (§ 33 Beamtenstatusgesetz). Jede Lehrkraft und jede*r Dozent*in ist aufgefordert, sich im Sinne der Menschenrechte und des Grundgesetzes zu positionieren, wenn die Würde einer Person bzw. sozialen Gruppen verletzt wird.

4. Menschen- und Grundrechte gelten auch im Hörsaal

Auch wenn es zutrifft, dass in der Lehre ein Meinungspluralismus anzustreben ist, bedeutet dies nicht, dass Meinungen im hochschulischen Raum vertreten werden können, die in Widerspruch stehen zum deutschen Grundgesetz, das in Artikel 1 die Unantastbarkeit der Würde des Menschen und in Artikel 3 die Gleichberechtigung der Geschlechter ebenso verfassungsrechtlich verankert, wie das Verbot der Benachteiligung aufgrund des Geschlechts, der Abstammung, der 'Rasse', der Sprache, Heimat, Herkunft, des Glaubens, religiöser oder politischer Anschauungen oder wegen Behinderung. Hochschullehrer*innen sind ebenso wie Lehrer*innen dazu verpflichtet, sich zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten zu bekennen und alles zu unternehmen, um diese zu schützen. Auch wenn sich diese darüber im Klaren sein sollten, dass in kapitalistisch und rassistisch strukturierten Gesellschaften nicht alle Menschen durch die Menschen- und Grundrechte gleichermaßen geschützt sind. Sie sind dazu verpflichtet, in ihrer Hochschullehre dem Prinzip der Antidiskriminierung und der religiösen Toleranz Rechnung zu tragen und sich für deren Realisierung einzusetzen.

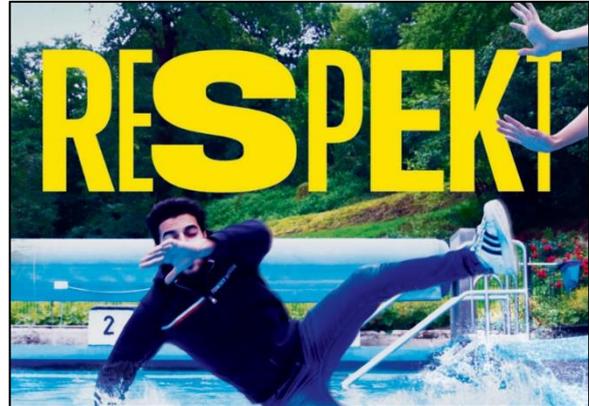
Als Wissenschaftler*innen und Lehrende an Hochschulen wehren wir uns gegen jeglichen Versuch der politischen Rechten, auf falsch verstandene politische Neutralität festgelegt zu werden, die menschenverachtende Positionen zulässt. Wir vertreten eine Forschung und Lehre, die für Menschen- und Grundrechte eintritt. Wir wenden uns gegen gezielte und systematische Kampagnen, die die Meinungsfreiheit dazu missbrauchen, um Menschen in ihrer Würde und Gleichheit zu verletzen. Wir haben das Recht und die Pflicht, unsere Schwerpunkte in Forschung und Lehre frei zu wählen, Forschung und Lehre im Sinne guter wissenschaftlicher Praxis zu gestalten und im Rahmen wissenschaftlich fundierter Debatten Meinungen, die Ideologien der Ungleichwertigkeit beinhalten, zu widersprechen.“

Respekt

Eine Filmreihe über Achtung, Anerkennung und Toleranz

Das Medienprojekt Wuppertal teilt mit: „Die Filmreihe besteht aus dokumentarischen und fiktionalen Filmen zu verschiedenen Aspekten von Respekt und Anerkennung. Jugendliche reflektieren in den Filmen ihre eigenen positiven und negativen Erfahrungen mit Respekt und Anerkennung. Vor wem und was haben Jugendliche Respekt, wo nicht? Welche Eigenschaften und welches Verhalten machen einen Menschen besonders? Was erleben Jugendliche als respektlos? Wo haben Jugendliche ihnen gegenüber respektloses Verhalten erlebt, wo wurden sie unfair behandelt – wo waren sie selbst unfair oder respektlos? Wo und warum erleben Jugendliche Respekt von anderen? Wie wird Respekt gezeigt, wie entsteht Toleranz gegenüber anderen Menschen?

Ziel der Filmreihe ist, dass die jugendlichen Zuschauer*innen erkennen, dass sie vor unterschiedlichen Menschen Respekt haben, dass sie zwei Seiten und deren gegenseitige Abhängigkeit von Respekt reflektieren: Respekt zeigen



und Respekt erhalten. Die Filme sollen einen respektvollen Umgang aller miteinander unabhängig von den Hintergründen der Menschen, die Reflexion des eigenen Verhaltens, die Akzeptanz von Diversität und den Abbau von Vorurteilen unterstützen.“

Weitere Informationen:

www.medienprojekt-wuppertal.de

Hinsehen

Magazin der Opferberatung Rheinland



Die Opferberatung Rheinland (OBR) teilt mit: „Die OBR hat die erste Ausgabe des halbjährlich erscheinenden Online-Magazins namens Hinsehen veröffentlicht. Neben wechselnden Schwerpunktthemen sollen aktuelle und relevante Themen im Kontext rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt aufgegriffen und speziell mit Fokus auf die Perspektive von Betroffenen thematisiert werden.

Mit dem Magazin möchten wir eine Plattform schaffen für Perspektiven von Betroffenen dieser Gewalt, in dem die Arbeit und die Forderungen von Selbstorganisationen, Betroffeneninitiativen und engagierten Akteur*innen fokussiert werden. Wir wollen hinsehen und zuhören. Hierfür werden sich unterschiedliche Initiativen, Akteur*innen und Betroffene vorstellen. Zusätzlich berichten wir aus der Beratungs-, Recherche- und Bildungsarbeit der OBR und informieren in einem Serviceteil über bevorstehenden Veranstaltungen sowie Medientipps und Ratgebern für

Betroffene. Dabei fokussieren wir immer die Unterstützung unserer Beratungsnehmer*innen sowie die stärkende Arbeit an der Seite von Betroffenen.

Der Schwerpunkt der ersten Ausgabe ist der rechtsterroristische und rassistische Anschlag in Hanau bei dem am 19. Februar 2020 insgesamt zehn Menschen ums Leben kamen sowie zahlreiche weitere Personen als Überlebende des Anschlags sowie Hinterbliebene der Opfer getroffen wurden. Den Opfern, Überlebenden und Angehörigen soll unsere erste Ausgabe gewidmet werden. Wir wollen Betroffenen selbst das Wort geben sowie durch Fachartikel die Hintergründe und Kontexte rechtsterroristischer und rassistisch motivierter Gewalttaten beleuchten und problematisieren. Ziel ist es, die Stimmen von Betroffenen öffentlich zu stärken sowie eine breite Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren.“

Das Magazin zum Download unter:

<https://www.opferberatung-rheinland.de/aktuelles/>

Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts

Handreichung zu Interventionsversuchen und Reaktionsmustern

Die Otto-Brenner-Stiftung teilt mit: „Wie reagieren Akteure der organisierten Zivilgesellschaft darauf, dass Rechte verstärkt versuchen einen „Marsch durch die Organisationen“ anzutreten? Erweisen sich Gewerkschaften, Kirchen, Sportvereine, Wohlfahrtsverbände und Kultureinrichtungen als immun gegen solche Angriffe – oder stellen sie ein Einfallstor für entsprechende Akteure dar? Auf Basis detaillierter Dokumentenanalysen und zahlreicher Interviews werden in der vorliegenden Studie erstmals rechtspopulistische Interventionen und zivilgesellschaftliche Reaktionen analysiert sowie Unterschiede und Gemeinsamkeiten systematisiert. Die Studie zeigt, dass rechtspopulistische Akteure um die Bedeutung der organisierten Zivilgesellschaft

wissen. Sie zielen darauf ab, bestehende Konflikte innerhalb der untersuchten Bereiche zu politisieren, um sie somit zu verstärken und thematische Anknüpfungspunkte für ihre politische Agenda zu verankern.

OBS-Arbeitsheft 102. Autoren: Wolfgang Schroeder, Samuel Greef, Jennifer Ten Elsen, Lukas Heller“

Die Handreichung zum Download unter:

https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsporta/03_Publikationen/AH102_Rechtspopulismus.pdf

Spuren... jüdisches Leben in Köln Fotokalender 2021



Die Initiative Judaicacologne teilt mit: „Jüdisches Leben hat eine lange Geschichte in Köln. Kölner Juden und Kölner mit jüdischen Wurzeln hatten großen Anteil an der Entwicklung der

Stadt hin zu einer attraktiven Metropole. Als Unternehmer, Architekten, Künstler und Mäzene haben sie das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben Kölns mitgestaltet. Unser Ziel ist es, ihre Geschichten und ihr Wirken sichtbar zu machen. Dabei nehmen wir auch die Orte in den Blick, die dem heutigen Gemeinde- und Kulturleben ein zu Hause geben. Wir haben einen ansprechenden Kalender gestaltet, der zu einem Spaziergang durch die Stadt einlädt. Wenig bekannte Orte werden neu entdeckt und Orte, die jeder kennt aus anderer Perspektive betrachtet.

Im Jahr 2021 wird an 1700 Jahre jüdischen Leben in Köln und Deutschland erinnert. Passend zu diesem Festjahr kommt mit dem Kalender ein hochwertiges Produkt auf den Markt. Die Motive wurden mit viel Sorgfalt fotografiert und ausgewählt. Auf einem extra Blatt am Ende gibt es Hintergrundinformationen zu allen zwölf Motiven:

Kindergedenkstätte Löwenbrunnen, Erich-Klibansky-Platz
Disch-Haus, Brückenstraße
Kunstwerk Ma'alot, Heinrich-Böll-Platz
Synagoge, Roonstraße
Haus Goldschmidt, Am Domkloster 1
Hohenzollernbrücke
Jüdisches Wohlfahrtszentrum, Ottostraße
85/Nußbaumerstraße
„Judenprivileg“, Dom
Naumann-Siedlung, Boltensternstraße
Geschäftshaus Salomon, Brückenstr.
Gedenktafel mit großem Davidstern, Richmondstraße
„Otto Freundlich“, Die Geburt des Menschen“, Museum Ludwig“

Format 29,7 x 29,7; hochwertiger Farbdruck; Ringelbindung, Preis 22 Euro.

Vertrieb über Kölner Einzelhandel, wie z.B. Orloff, Mayersche am Neumarkt oder Bestellung unter alexandra.herzog@judaicacologne.de (zzgl. 5 Euro Versandkosten)

Die Gefahr von Verschwörungserzählungen

Einordnung und Handlungsempfehlungen

Mobilien Beratungen gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz teilt mit: „Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie haben die Welt im Griff. Innerhalb kürzester Zeit entwickelte sich ein lokaler Virus-Ausbruch zu einer globalen Gesundheitskrise. Schnell folgte auch in Deutschland der 'Lockdown'. Der Alltag der Bürger*innen änderte sich radikal, aber auch Grundrechte wurden temporär stark eingeschränkt; massive wirtschaftliche und soziale Problemlagen sind Folge der Pandemie. Was die Zukunft bringen wird, ist völlig offen. Dieser Zustand sorgt bei vielen Menschen für große Unsicherheit. Ein kleiner, aber lautstarker Teil der Bevölkerung hat in den vergangenen Wochen seine Ablehnung gegen-

über den staatlichen Maßnahmen auf die Straßen und Plätze der Republik getragen. Diese selbsternannten Corona-Rebellen kommen aus unterschiedlichen politischen Lagern und haben sich mittlerweile zu einer Bewegung formiert. Schnell und in unerwartetem Ausmaß kamen hier Verschwörungserzählungen und Fake News auf. Auf die Corona-Pandemie folgte die 'Infodemie', die pandemische Verbreitung von Falschinformationen rund um das Virus und die staatlichen Gegenmaßnahmen.“

Das Infoblatt zum Download

<https://demokratiezentrum.rlp.de/fileadmin/demokratie-leben/Publikationen/INFOrex-Nr2-Web.pdf>

Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie

Handreichung von RIAS

Der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (RIAS) teilt mit: „Bei der Covid-19-Pandemie handelt es sich um eine Krise, die insbesondere wegen ihrer gesellschaftlich-politischen Auswirkungen vielen eine Gelegenheit bietet, sich antisemitisch zu äußern. Dies wurde insbesondere im Rahmen der Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie deutlich, bei denen auf einer Vielzahl von Demonstrationen im ganzen Bundesgebiet insbesondere antisemitische Verschwörungsmymen und Schoorelativierungen geäußert wurden.“

Die Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbands RIAS e.V. legt nun einen umfassenden Monitoring-Bericht zu Antisemitismus mit Bezug zur Covid-19-Pandemie vor. Mitgearbeitet haben:

An dem Bericht arbeiteten mit: Bundesverband RIAS e.V., RIAS Bayern - Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus, RIAS Berlin - Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus

Berlin, Fachstelle Antisemitismus Brandenburg, Dokumentations- und Beratungsstelle für antisemitische Vorfälle in Hannover, SABRA NRW, Landesweite Informations- & Dokumentationsstelle Antisemitismus S-H“

Der Bericht zum Download unter:

https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-08_Rias-bund_Antisemitismus_im_Kontext_von_covid-19.pdf



Handlungssicher im digitalen Raum Broschüre zum Umgang mit rechten Kampagnen und Bedrohungen



Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin teilt mit: „Das Internet und vor allem soziale Medien sind mittlerweile ein fester Bestandteil von Öffentlichkeitsarbeit. Ob Facebook, Twitter, Youtube oder Instagram – Eine Präsenz in den sozialen Netzwerken ist für die Interaktion mit der eigenen Community und die Vernetzung mit anderen Organisationen

selbst für kleinere Projekte, Vereine und Einrichtungen von großer Bedeutung. Doch was passiert, wenn man plötzlich in den Fokus von Rechtsextremen und Rechtspopulist_innen gerät? Die Folgen können sehr unterschiedlich ausfallen. Sie reichen von harmlos erscheinenden,

kritisch formulierten Fragen im Kommentarbereich bis hin zu persönlich adressierten (Mord-)Drohungen. In jedem Fall sind Aufmerksamkeit und Rückhalt gefordert, denn die Folgen können für die Betroffenen sehr belastend sein.

Die neue Handreichung der Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) richtet sich insbesondere an Social-Media-Verantwortliche und -Teams von Vereinen, Projekten und Organisationen. Darin werden wesentliche Argumentations- und Handlungsstrategien aus der MBR-Beratungspraxis gebündelt, um die für die Betreuung und Moderation von Social-Media-Kanälen Zuständigen im Falle von Anfeindungen und Drohungen (präventiv) zu unterstützen und Tipps zu geben, wieder zur Tonangeber_in in der eigenen Social-Media-Präsenz zu werden.“

Die Broschüre zum Download unter:
https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2020/09/200911_MBR_Brosch%C3%BCre_SocialMedia_Online.pdf

Der Bedarf bleibt hoch Antidiskriminierungsbüro Köln veröffentlicht Jahresbericht 2019

Öffentlichkeit gegen Gewalt teilt mit: „Der Jahresbericht des AntiDiskriminierungsbüro Köln ist erschienen. Er zeigt, dass der Bedarf an Empowerment und Sensibilisierung sowie Beratung bei rassistischer Diskriminierung nach wie vor sehr hoch ist. Er bildet ab, dass rassistische Diskriminierung eine alltägliche Erfahrung vieler Menschen ist. Daher braucht es Orte und Strukturen zur Unterstützung und Empowerment von Menschen, die von Rassismus betroffen sind.

„2019 stand Empowermentarbeit und die Schaffung geschützter Räume wieder ganz oben auf unserer Prioritätenliste,“ so Berivan Moğultay-Tokuş, Beraterin und Referentin beim ADB Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.. „Noch immer gibt es viel mehr Angebote zur Aufklärung und Sensibilisierung für Menschen, die selbst keine Rassismuserfahrungen machen, als jene Angebote, die die Menschen stärken, die sich nicht aussuchen können, wann sie sich mit dem Thema auseinandersetzen möchten,“ so Moğultay-Tokuş weiter.

Aus diesem Grund bietet das ADB Köln des Vereins Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. neben

der Beratung zu konkreten Diskriminierungsfällen verstärkt Veranstaltungen und Angebote für Menschen mit Rassismuserfahrungen an. Eines dieser Angebote richtete sich explizit an Menschen, die von anti-muslimischem Rassismus betroffen sind. Daraus entstand das Titelbild des diesjährigen Berichts. Die Künstlerin und Psychologin Soufeina Hamed, die den Workshop leitete, illustrierte diese Geschichte einer Teilnehmerin.

Das AntiDiskriminierungsbüro (ADB) Köln in Trägerschaft des Vereins Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V., setzt sich seit 1995 aktiv dafür ein,



eine Kultur der Gleichbehandlung zu verwirklichen. Das Büro berät und begleitet Menschen, die von Ausgrenzung und Benachteiligung betroffen sind, und ermutigt diese, für ihre Rechte einzustehen.“

Der Jahresbericht zum Download

<https://www.oegg.de/publikationen>

Bestellung Printversion (gegen Spende):

AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.

Berliner Str. 97-99, 51063 Köln

E-Mail: info@oegg.de

Neu in der Bibliothek

Antisemitismus in der Schule. Handlungsmöglichkeiten der Schulsozialarbeit



Über Antisemitismus im Kontext Schule ist bereits viel geschrieben worden. Dabei liegt der Fokus meist auf Schüler*innen oder Lehrpersonen. Einem manchmal übersehenen Arbeitsfeld im Bereich Schule nimmt sich die Publikation „Antisemitismus in der Schule. Handlungsmöglichkeiten der Schulsozialarbeit“ an. Das Praxisbuch wurde von der Professorin für Sozialwissenschaften der Universität Potsdam, Gudrun Perko gemeinsam mit 13 Studierenden der

Sozialen Arbeit erstellt. Dafür führten die Autor*innen insgesamt 15 Expert*inneninterviews mit aktiven Schulsozialarbeiter*innen von Schulen in Berlin und Potsdam. Der Auswertung dieser Interviews werden in sechs Kapiteln Grundlagen zur Thematik vorangestellt. Dazu gehören Definition, Aufgaben, Praxis und Leerstellen der Schulsozialarbeit, aber auch Abschnitte zur Geschichte und Aktualität von Antisemitismus. Zum Einstieg in dieses Thema wird ausgiebig auf Oliver Polaks autobiographischem Werk „Gegen Judenhass“ aus dem Jahr 2018 zitiert. Zentral ist hier für die Autor*innen die von Polak gestellte Frage „Was hat der Antisemit davon, Antisemit zu sein?“ und auch wenn darauf keine Antwort gegeben werden kann, so solle man nicht aufhören, diese Frage immer wieder auf Neue zu stellen (S. 22). Das Kapitel zum Antisemitismus schließt mit einem Appell, sich als Sozialarbeiter*innen, Wissen zum Thema Antisemitismus anzueignen, sich mit antisemitismuskritischer Bildungsarbeit auseinanderzusetzen, eigene Vorstellungen und Verhaltensweisen zu reflektieren, sowie Antisemitismus nicht gegen andere Diskriminierungsformen auszuspielen (S. 45).

In den geführte Interviews fragen die Autor*innen die Schulsozialarbeiter*innen unter anderem nach deren Verständnis von Antisemitismus, Vorkommnissen an den jeweiligen Schulen, Handlungsstrategien dagegen und Möglichkeiten zur Fortbildung im Themenfeld. Auch wenn sich aus den Interviews kein einheitliches Bild ergibt, halten die Autor*innen fest, dass an den meisten Schulen Antisemitismus nicht als eigene Diskriminierungsform erkannt werde und entsprechend eine Sensibilisierung jenseits konkreter Vorfälle kaum stattfindet. Vorhandene Maßnahmen reduzierten sich oft auf Fragen von Religion oder das Thema Holocaust, z.B. durch Gespräche mit Zeitzeug*innen, wohingegen Antisemitismus selten als aktuelles Problem gesehen werde.

Damit fällt das Ergebnis des Buches recht ernüchternd aus. Es blickt dabei auf Leerstellen, identifiziert aber auch Handlungsbedarfe und gibt Empfehlungen. Eine Mehrheit der Interviewten verweist durchaus selbstkritisch auf die Notwendigkeit, Antisemitismus als integriertes Thema des Studiums der Sozialen Arbeit zu verankern und in das Konzept der Schulsozialarbeit aufzunehmen, womit ein wichtiger Impuls für Veränderungen benannt wird.

Das Buch ist eine wichtige Ergänzung des Themenkomplexes Antisemitismus und Schule um das spezifische Arbeitsfeld der Schulsozialarbeit und damit für alle empfehlenswert, die im Bereich Schule / (Schul-)Sozialarbeit tätig sind. Es vereint empirische Erkenntnisse mit den derzeitigen wichtigsten Grundlagen antisemitismuskritischer Bildungsarbeit. (fe)

Gudrun Perko (Hrsg.): Antisemitismus in der Schule. Handlungsmöglichkeiten der Schulsozialarbeit.

Beltz Juventa, Weinheim 2020
128 Seiten, 14,95 Euro
ISBN: 978-3-7799-6254-0

Am rechten Rand

Rassistischer Angriff in Bonn

In Bonn wird ein 26-jähriger Radfahrer verdächtigt, am 24. Juni 2020 einen 41-jährigen Autofahrenden rassistisch beleidigt zu haben. Danach soll er dessen 24-jährige Beifahrerin mit einer Schraubzwinde geschlagen haben, dabei

wurde auch das Auto beschädigt. Die Polizei gab diese Information jetzt bekannt und veröffentlichte ein Fahndungsfoto, da die Ermittlungen bislang nicht zur Identifizierung des Mannes geführt hatten. (kg)

Rechte Straftaten gestiegen

Neue Zahlen: 1.301 politisch rechte Straftaten wurden in NRW im ersten Halbjahr 2020 erfasst. Das waren deutlich mehr als im gleichen Zeitraum 2019 (1216 Straftaten für das erste Halbjahr). Die meisten Straftaten fanden in Köln (103) statt, gefolgt von Dortmund (86), Essen (80) und Düsseldorf (74). Im langfristigen Vergleich liegt Köln als einwohner*innenstärkste Stadt Nordrhein-Westfalens seit einigen Jahren vor Dortmund. Diese Zahlen gehen aus der Antwort des NRW-Innenministeriums auf eine Anfrage der GRÜNEN-Landtagsabgeordneten Verena Schäffer hervor.

Bei den Deliktgruppen ist die Zahl der Gewaltdelikte gestiegen (2020: 48; 2019: 36). Ein Blick auf die Themenfelder zeigt, dass das Thema „Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus“ mit 906 Fällen den größten Anteil der Gesamtzahl der politisch motivierten Kriminalität rechts einnimmt; jedoch im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist. Bemerkenswert ist der Anstieg der Hasskriminalität von 332 Delikten im Jahre 2019 auf 479 2020 sowie der der Straftaten der Allgeimeinkriminalität von 454 auf 861 Delikte (alle Zahlen beziehen sich nur auf das erste Halbjahr).

Ebenfalls gestiegen ist die Anzahl antimuslimischer Straftaten (2020: 78; 2019: 42). Die Erfassung antiziganistischer Delikte (insgesamt 28 seit dem Jahr 2017) ist leider zu gering um weitergehende Aussagen zu treffen. Hier lässt sich – wie in anderen Phänomenbereichen auch – eine hohe Dunkelziffer vermuten.

Im Bereich antisemitischer Straftaten zeugt die Erfassung zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) von einem erneuten Anstieg. Der Statistik zufolge wurden im ersten Halbjahr 2020 in NRW 103 Straftaten aus einem antisemitischen Motiv heraus begangen. Im Vorjahr wurden im gleichen Beobachtungszeitraum 98 antisemitische Straftaten registriert. Hinsichtlich der politischen Hintergründe der Täter zeichnet sich ein klares Bild: 98 Prozent der angezeigten Straftaten werden als rechtsextremistisch motiviert eingestuft.

Auch hier ereigneten sich die meisten Straftaten, insgesamt 13, in Köln. Diese Häufung lässt sich nicht zuletzt mit der Größe der Stadt erklären. Bei den dort angezeigten Delikten handelt es sich überwiegend um Volksverletzung und Verstoß gegen die Paragraphen §86 bzw. 86a StGB – das ist beispielsweise bei Hakenkreuzschmierereien der Fall. Der in der PMK-Statistik offenbarte Anstieg antisemitischer Straftaten ist mutmaßlich in Verbindung mit Protesten gegen die Corona-Schutzauflagen zu verstehen, in deren Kontext auch in NRW immer wieder antisemitische Vorfälle bekannt wurden.

Bei all diesen Angaben handelt es sich lediglich um Straftaten, denen offiziell eine extrem rechte Motivation zugrunde liegt. Erfahrungen zeigen, dass die Dunkelziffer deutlich höher liegen dürfte. Nicht erfasst sind zudem rassistische und antisemitische Vorfälle, die nicht strafbewehrt sind. (kg/vy)

Kölner Burschenschafter bei antisemitischem Angriff in Heidelberg zugegen

In der Nacht vom 28. auf den 29. August ereignete sich in der Villa der Burschenschaft „Normania“ in Heidelberg ein antisemitisch motivierter Angriff. Dabei bezeichneten mehrere Burschenschaftler einen 25-Jährigen in beleidigender Absicht zunächst als Juden und bewarfen ihn daraufhin mit Geldmünzen. Anschließend wurde er von mehreren Burschenschaftlern mit Gürteln geschlagen.

Der Betroffene, ebenfalls Mitglied einer Studentenverbindung („Alte Leipziger Landsmannschaft Afrania“), befand sich im Rahmen einer Feier in der Villa „Normannia“. Dabei gibt es auch einen Bezug zu Köln: Denn ebenfalls vor Ort waren Mitglieder der Kölner „Germania“ sowie der „Ghibellinia zu Prag in Saarbrücken“. Nach Aussage des Betroffenen eskalierte die Situation unmittelbar nachdem dieser erwähnt hatte, er habe unter anderem auch jüdische Vorfahren.

Der Vorfall wurde öffentlich, nachdem der Betroffene die Attacke zur Anzeige gebracht hatte. Am 2. September durchsuchte die Polizei im Rahmen ihrer Ermittlungen das Haus der „Normannia“ und stellte dabei „umfangreiches Beweismaterial“ sicher. Gunnar Heydrich,

Vorsitzender des „Altherrenverbands“, ließ die Aktivitas (die Gruppe der studierenden Verbindungsbrüder) am 3. September auflösen, um „eine schnelle und vollständige Aufklärung der Vorwürfe“ zu erleichtern. Beim „Altherrenverband“ handelt es sich um den Zusammenschluss ehemaliger Verbindungsstudenten, die die Aktivitas finanzieren und in der Regel auch Eigentümer des Verbindungshauses sind. Zu den „Alten Herren“ der „Normannia“ in Heidelberg gehören Personen wie Gerd Neubeck (ehemaliger Stellvertretender Polizeichef von Berlin und ehemaliger Oberstaatsanwalt in Dresden), David Milleker (Chefökonom der Union Investement) und Christian Wirth (Abgeordneter der AfD im Bundestag).

Die Auflösung der „Normannia“-Aktivitas erfolgte in Reaktion auf die polizeilichen Ermittlungen und die anschließende mediale Berichterstattung. Dass Mitglieder der Aktivitas „Normannia“ schon in der Vergangenheit immer wieder durch antisemitische Positionen sowie durch ihre Verbindungen ins rechtsextreme Milieu aufgefallen sind, störte den „Altherrenverein“ bislang jedoch kaum. (vy)

Razzia in Gummersbach – Reichbürgerbezug?

Am 3. September wurden mehrere Gebäude in Gummersbach-Windhagen von der Polizei unter Beteiligung mehrerer Spezialeinheiten und eines Helikopters durchsucht. Ziel waren Objekte, darunter auch eine Scheune und eine Waldhütte, die mit einem 27jährigen in Verbindung stehen, dem illegaler Waffenbesitz und Drogenhandel vorgeworfen werden. Bereits im März wurde das Wohnhaus im Rahmen einer bundesweiten Aktion gegen die Reichsbürgerszene durchsucht

und unterschiedliche Waffen sichergestellt (siehe ibs-Newsletter April 2020). Die erneute Durchsuchung erfolgte nun aufgrund neuer Erkenntnisse in dieser Sache. Inwieweit auch sie in Zusammenhang mit der Reichsbürgerszene steht, teilten die Behörden bislang nicht mit. Der Verdächtige, der zunächst nicht angetroffen wurde, tauchte am Folgetag wieder auf und verhielt sich den Behördenangaben zufolge kooperativ. (fe)

Reichsbürgerin greift Polizei an

Am 8. September rückte eine Gerichtsvollzieherin in Begleitung der Polizei zu einer 52jährigen Frau nach Köln-Lindenthal aus, um im Rahmen einer gerichtlich angeordneten Vollstreckungsmaßnahme Strom und Gas abzustellen. Die polizeiliche Unterstützung war angefordert worden, weil die betreffende Frau der Reichsbürgerszene zugeordnet wird. Die Frau griff zwei Staatsschutzbeamte der Polizei tätlich an. Ihr hinzugekommener 20jähriger Sohn bedrohte die

Polizei zusätzlich mit einem Teleskopschlagstock, außerdem trug er eine Gaspistole im Gürtel. Zur Verteidigung zogen die anwesende Polizist*innen ihre Schusswaffen und zwangen den Sohn, sich auf den Boden zu legen. Er und seine Mutter kamen für die Dauer des Einsatzes in Gewahrsam. Auf dem Weg zum Absperrventil entdeckten die Beamt*innen zusätzlich noch eine Cannabisplantage. (fe)

Zeigen von Reichskriegsfahnen und Reichsfahnen in Bremen verboten

Als erstes Bundesland verbietet Bremen die Reichs- und Reichskriegsflagge in der Öffentlichkeit. Dazu teilt der Senator für Inneres mit: *„Reichsbürger, rechte Verschwörungstheoretiker, aber auch manch sogenannter Corona-Gegner trägt auf Demonstrationen Reichskriegsflaggen vor sich her oder hängt sie bei sich zu Hause aus dem Fenster. In den Fokus einer entsetzten Öffentlichkeit gerieten die Fahnen zuletzt Ende August, als Demonstranten ins Reichstagsgebäude einzudringen versuchten. Vom Gesetzgeber verboten ist nur die mit dem Hakenkreuz versehene Reichsfahne von 1935 - 1945. Reichskriegsflaggen, die immer mehr als Symbol rechter Gruppierungen benutzt werden, sind davon ausgeschlossen. Bremens Innensenator Ulrich Mäurer schließt diese Regelungslücke jetzt durch einen Erlass.“*

Eine klare Positionierung nimmt auch Bremens Bürgermeister und Präsident des Senats, Andreas Bovenschulte, vor: *„Ich begrüße den Erlass des Innensensors ausdrücklich. Die optische Inbesitznahme des öffentlichen Raumes mit Symbolen nationalsozialistischer Anschauungen dürfen wir nicht weiter hinnehmen. Laut Erlass stellt ihre Verwendung in der Öffentlichkeit regelmäßig eine nachhaltige Beeinträchtigung der Voraussetzungen für ein geordnetes staatsbürgerliches Zusammenleben und damit eine Gefahr für die öffentliche Ordnung dar.“*

Reichskriegsflaggen im Sinne dieses Erlasses sind:

- die Kriegsflagge des Norddeutschen Bundes/Deutschen Reiches von 1867 bis 1921

- die Kriegsflagge des Deutschen Reiches von 1922 bis 1933
- die Kriegsflagge des Deutschen Reiches von 1933 bis 1935,
die Reichsflagge ab 1892 / Flagge des „Dritten Reichs“ von 1933 bis 1935, wenn eine konkrete Provokationswirkung im Einzelfall besteht.

Dieser Beschluss gilt ab dem 21. September 2020. Auch andere Bundesländer wie Berlin erwägen ein Verbot. Baden-Württembergs Ministerpräsident Kretschmann will sich für ein bundesweites Verbot von Reichsflaggen einsetzen. Innen- und Justizpolitiker*innen von CDU und SPD äußerten sich dazu jedoch kritisch. Der stellvertretende Chef der Unionsfraktion im Bundestag, Thorsten Frei, sagte, dass „die Reichskriegsflagge des Kaiserreichs in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus steht“. Ein grundsätzliches Verbot sei daher „nicht angezeigt“. Reichskriegsflaggen und Reichsfahnen, die schon lange fester Bestandteil neonazistischer rechter Demonstrationsinszenierungen sind und jetzt vermehrt im Rahmen der Corona-Proteste auftauchen, sind bundesweit bisher nicht verboten. Das Mitführen kann allerdings im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen polizeilich untersagt werden (s. dazu (s. dazu auch der Bericht zur Demonstration in Düsseldorf auf S. 29).

Auch kann die Fahne in Einzelfällen sichergestellt werden, etwa „wenn die Flagge Kristallisationspunkt einer konkret drohenden Gefahr ist und diese sich dadurch beheben lässt (kg)

Rechtsextremismus in NRW

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat am 18. September 2020 eine Antwort auf die Große Anfrage 22 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema Rechtsextremismus vorgelegt. Dabei geht es um Parteien, Straftaten, Rechtsterrorismus oder Bürgerwehren. Auch für Köln und Umgebung finden sich darin Erkenntnisse des Landes. So werde der „Internationalen Kölschen Mitte“/dem „Begleitschutz Köln“ eine niedrige zweistellige Zahl an Personen zugeordnet. Überwiegend handele es sich um Männer im Alter zwischen 30 und 50

Jahren. Die Administrator*innen der Facebook-Gruppe stünden auch in privaten Kontakt zueinander und könnten allgemein der Kölner Hooliganszene zugeordnet werden. Auch Bezüge in die Kölner Rocker- und Türsteherszene seien erkennbar. Zudem bestünden Kontakte zur neonazistischen Kleingruppierung „Köln für deutschen Sozialismus“. (kg)

Die komplette Antwort (129 Seiten) unter:
<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-11081.pdf>

Immer wieder Protest und Kundgebungen gegen die Corona-Maßnahmen

Seit der Demonstration in Berlin am 29.08.2020 (an der auch Personen aus Köln beteiligt waren, s. ibs-Newsletter September 2020) hat die Diskussion um die Beteiligung der extremen Rechten an den Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen an neuer Dynamik gewonnen. Auch in Köln finden weiterhin entsprechende Veranstaltungen statt, beispielsweise an Samstagen und Sonntagen auf dem Heumarkt oder an Montagen am Aachener Weiher. Bei den Teilnehmenden handelt es sich nicht ausschließlich um extrem rechte Personen. Dennoch treten dabei auch Anhänger*innen rechter Verschwörungserzählungen oder Mitglieder rechtspopulistischer Organisationen in Erscheinung. So war es kein Zufall, dass die Gruppe „Köln ist Aktiv“ am 12. September zu einer Kundgebung an der Deutzer Werft unter dem Motto „Friedensfest gegen Rassismus und Diskriminierung“ aufrief. Dabei hatte Köln ist aktiv“ mitunter wenig Berührungsängste gegenüber rassistischen Gruppierungen wie „NRW stellt sich quer“, zu deren Protest gegen Angela Merkels Besuch in Essen man im August aufgerufen hatte.

In Köln jedoch blieb es am 12.09. jedoch weitestgehend ruhig. Statt der angekündigten 5.000 Menschen hatten gerade mal knapp 200 an die Deutzer Werft gefunden. Unter den vielen Redner*innen am 12. September waren beispielsweise Marc B. und Ottmar L., die beide aus der

Friedensbewegung kommen und Verschwörungserzählungen und antisemitischen Vorstellungen nicht abgeneigt sind, Jun & Maria von „Elternstehenauf“ Siegen oder Gordon P. von „Anwälte für Aufklärung“.

Am 26. September organisierte die „Initiative Querdenken 211“ eine „Friedliche Versammlung für Grund- und Freiheitsrechte“. Hier kamen immerhin rund 1000 Menschen an der Deutzer Werft. Beteiligt war wieder einmal der Lifestyler Nana Domena (s. ibs-Newsletter September 2020). Als Redner traten u.a. auf: Markus Haintz (Mitbegründer von Querdenken 731 – Ulm) oder der bundesweit bekannte „Querdenker“ Michael Ballweg. Der Rechtsanwalt Dirk Sattelmanier („Anwälte für Aufklärung“ kündigte von der Bühne aus an, dass er die Kölner Verkehrsbetriebe wegen ihrer Maskenspots verklagen werde.

Bereits am 29. August 2020 fand in Bergisch Gladbach eine Veranstaltung der CDU statt, bei der unter anderem Jens Spahn wesend war. Vor dem Gebäude versammelten sich etwa 50 Personen, die Spahn nach dem Ende der Veranstaltung mit Buh-Rufen und Beschimpfungen empfingen. Dabei waren auch homophobe Sprüche zu hören. Der Bundesgesundheitsminister suchte das Gespräch mit den Protestierenden, wurde jedoch niedergebrüllt. Ein 39-jähriger Bergisch Gladbacher beleidigte und bespuckte Spahn (kg/vy)

„Querdenken“ in Düsseldorf

Etwa 3.100 Teilnehmer*innen nahmen am Sonntag, dem 20. September 2020, an einer Demonstration in Düsseldorf teil, um gegen die Corona-Schutzmaßnahmen der Bundesregierung zu protestieren. Organisiert wurde die Demonstration in der Landeshauptstadt durch drei örtliche Ableger der Initiative „Querdenken 711“ („Querdenken Dortmund“, „Querdenken Duisburg“ und „Querdenken Miltenberg“), die insbesondere durch den sogenannten „Sturm auf den Reichstag“ vom 28. August dieses Jahres bundesweit für Aufsehen gesorgt hatte. Zuletzt hatten die Anti-Corona-Proteste in Düsseldorf nur noch mäßigen Zuspruch gefunden: Die sogenannten „Corona-Rebellen“ hatten auf ihren wöchentlich stattfindenden Versammlungen auf dem Burg-Platz mit kontinuierlich sinkenden Teilnehmer*innenzahlen zu kämpfen. Im Ver-

gleich dazu konnte die „Querdenken“-Demonstration vom 20.09. zwar eine erheblich größere Menschenmenge mobilisieren, dennoch nahmen mit knapp über dreitausend Teilnehmenden weit weniger Menschen an der von den Veranstaltern für „48.550 Freunde“ angemeldeten Demonstration teil.

Wie andernorts kam auch in Düsseldorf ein breites Spektrum von Menschen verschiedener Positionen und Überzeugungen zusammen: Hierzu zählen unter anderem Pandemie-Leugner*innen, Verschwörungsideolog*innen, rechtsoffene Esoteriker*innen und AfD-Anhänger*innen, aber auch Reichsbürger*innen und Mitglieder der extrem rechten „Bruderschaft Deutschland“. Letztere hatten sich anscheinend schon nach relativ kurzer Zeit in die Düsseldorfer Altstadt abgesetzt.

Der Reichsbürger Manfred H., zuvor schon oft Gast bei entsprechenden „Anti-Corona“-Veranstaltungen in Düsseldorf und Köln, nahm an dem Protest mit einer Reichskriegsflagge teil, wurde jedoch von der Bühne aus aufgefordert, diese wieder herunterzunehmen. Daraufhin äußerte ein Redner auf der Bühne zunächst die Befürchtung, dass nun sicherlich aufgrund „einer einzigen Reichskriegsflagge“ die gesamte Demonstration in den Medien als rechtsextrem eingestuft werde. Da an anderer Stelle ein Demonstrant eine Israel-Flagge schwenkte, ließ sich der Redner zu der Aussage hinreißen, dass doch „die Israel-Flagge die Reichskriegsflagge wieder quitt mach[e]“.

Die AfD Köln wurde durch die Landtagsabgeordnete Iris Dworeck-Danielowski vertreten, die in ihrer Bühnensprache behauptete, das Land werde durch ein „Machtkartell aus Parteien regiert“ und dass niemand glauben dürfe, dass „dieses System durch eine parlamentarische Opposition zu ändern [sei]“. Auch Florian Josef Hoffman, bis vor kurzem Oberbürgermeister-Kandidat der AfD in Düsseldorf, nahm an der Demonstration teil und trug dabei ein T-Shirt mit dem Schriftzug „Gib Gates keine Chance“.

Johanne Liesegang, die in Köln die sogenannten „Montagsmahnwachen“ und „Hygiene-Meditationen“ organisierte, verbreitete auf ihren Plakaten wie gewohnt Verschwörungserzählungen: so diene ihrer Meinung nach der Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes der „totale[n] Kontrolle“ der Bevölkerung durch die Bundesregierung. Bezüge zu einem von der Bundesregierung angeblich geplanten „Impfzwang“ waren unter den Demonstranten allgegenwärtig. Besonders verbreitet waren auch T-Shirts des rechtsoffenen Esoterikers Heiko Schrang, die am sogenannten „Wahrheitszeichen“ (ein goldener Kreis mit Punkt) zu erkennen sind.

Gleich mehrere Teilnehmer präsentierten sich mit Armbinden, auf denen der sogenannte Judenstern mit der Aufschrift „Ungeimpft“ abgebildet war. Dieses auf den Hygiene-Demos verbreitete Zeichen suggeriert, in der Bundesrepublik würden nicht geimpfte Menschen gleichermaßen verfolgt wie Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus, und stellt somit eine unerträgliche Verharmlosung der Shoah dar. Andere Teilnehmer*innen der Demonstration zogen Parallelen zum Nationalsozialismus, indem sie sich mit Zitaten von Widerstandskämpfer*innen schmückten. So nutzte z.B. eine Teilnehmerin ein Zitat Sophie Scholls und münzte dieses als Kritik an der zu den Corona-Regeln „schweigenden Mehrheit“ in der Bevölkerung um.

Insgesamt richtete sich der Protest eines großen Teils der Demonstrationsteilnehmer*innen (darunter viele Familien mit Kindern) vordergründig zwar gegen die Einschränkungen durch die Corona-Schutzmaßnahmen in Berufung auf das Grundgesetz; trotzdem bot die „Querdenken“-Demonstration aber auch in Düsseldorf erneut eine Bühne für rechtsoffene, rechtsextreme und antisemitische Positionen. (vy)



Bildnachweise:

- S. 2: metropol Verlag
- S. 3: SEAD-BA (0.), privat (u.)
- S. 4: Jörn Neumann/NS-DOK (o.), Akademie der Künste, Berlin, Walter Benjamin Archiv (u.)
- S. 5: NS-DOK
- S. 6: Wikimedia Commons/Rufus46
- S. 8: NS-DOK
- S. 9: KAS
- S.11: Unrast Verlag
- S. 12 KI Lutz Jaekel / laif
- S. 14: Orlanda Verlag
- S. 16: Rami Hamze/PfD Köln
- S. 17: OBR (o.), VHS Aachen (u.)
- S. 20: Medienprojekt Wuppertal (o.), OBR (u.)
- S. 21: Judaicacologne
- S. 22: RIAS
- S. 23: MBR (o.), ÖGG (u.)
- S. 25: Beltz Juventa
- S. 30: ibs

Impressum

Redaktion:
Hans-Peter Killguss
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de

Sie können den monatlichen Newsletter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus abonnieren über ibs@stadt-koeln.de. Dafür benötigen wir von Ihnen eine gültige E-Mail-Adresse. Wir verwenden Ihre persönlichen Daten ausschließlich für die Zustellung des Newsletters. Selbstverständlich werden Ihre Daten vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.

Der Newsletter ist werbefrei und kann jederzeit wieder abbestellt werden. Senden Sie dazu eine E-Mail an ibs@stadt-koeln.de mit der Betreffzeile 'Newsletter abbestellen'.